

Dr. Heilmacht
ersch. wöchentlich 6 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Graubauer, 8/8,
und durch Postverkäufer zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen M. 2.50,
frei ins Haus M. 2.90,
wo keine Post am Orte, M. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühren beträgt
für die einseitige Annoncenzeile
oder deren Raum 30 Pf.
Mehrwöchige Inserate 40 Pf.
Doppelzeile unter Text 1 M.
Inserate für Arbeitsmarkt 15 Pf.
Anzeigen 25 Pf.
Berechnung: Berechnungs-Beleg
15 Pf. fertige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in bez.
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 76.

Breslau, Sonnabend, den 30. März 1912.

23. Jahrgang.

Eine clericale Befürwortung des Sozialismus.

Außerung im fortschrittlichen Sinne ist in Bezug der Beurteilung sozialdemokratischer Leistung zuweilen bei den ärarischen Rückwärtlern zu bemerken. Der Chefredakteur des frommen „Christlichen Familienblattes“, das als Sonntagsspektakel einer Anzahl Zentrumszeitungen beigelegt wird, ist der Pfarrer von Urlossen, der babilische Landtagsabgeordnete R. d. e. l. Noch bis vor kurzem gipfelte seine rührseligen Erzählungen und kleinen Romane in der Darstellung der Söhne braver Eltern durch die Verführungskunst sozialdemokratischer Agitatoren zu den denkbar schlechtesten, bösesten Menschen gemacht und dann schließlich im Zuchthaus oder auf dem Sterbebett durch geistlichen Anspruch ihre Schlechtigkeit einsahen und zur frommen Buße zurückkehrten. Es kam hierbei dem „Christlichen Familienblatt“ nicht darauf an, in seinen Neuligkeiten schlankweg Namen von Sozialisten einzuschleichen, bis einmal Genosse Petrotos, von dem auch so ein Märchen erzählt wurde, dem frommen Blättchen die Gölle heiß machte, worauf Widerruf und Besserung erfolgte. Des Herrn Redakteurs Bestreben in seinem Blättchen, auf der Kanzel und in der Kammer zielt immer dahin, der proletarischen Masse den Spruch und den Daseinszweck einzurichten: Betet und arbeitet. Das Leben und Verhalten der oberen herrschenden Klasse macht ihm keinerlei Mähe. Am graulichsten waren früher die Darstellungen über den sozialdemokratischen Zukunftsstaat. Welch schändliche Bilder stiftlicher Verkommenheit und in welcher obzönster Weise wurden da der frommen Leserherde aus diesem Zuchthausstaate vorgekostet! Ein moralloses, stumpfsinniges Hinvegetieren in freier Liebe ohne Familie, kein Sporn zu Erfindungen und Entdeckungen, da die Erwerbsgüter erledigt sei, so lasen sich die albernen Schilderungen.

Warum wir das jetzt erzählen? Weil im vorletzten „Christlichen Familienblatt“ der Kommunismus, der Sozialstaat, freilich in den Männer- und Frauenklöstern, als das Erstrebenswerteste in begeisterten Worten folgendermaßen geschildert wird:

„Ein Kloster ist eigentlich eine kleine Welt für sich. Alle Arten von Handwerkern finden wir dort vertreten, und alle Arbeiten werden von Klosterbrüdern ausgeführt. Was hergestellt wird, bleibt im Hause, mit Ausnahme der Bäckerei, die vor allem für die vielen Armen arbeitet, die täglich an der Klosterpforte antreffen.“

Interessant war es mir, die große Zahl der Werkstätten zu durchwandern, in denen die Brüder arbeiten. Hier die aufgeschapelten Koststoffe, dort der Schuhmacher mit seinen Gesellen, hier der Schneider, der Wäber, der Wäcker, der Schreiner, der Schmied, der Weber usw., alle an der Arbeit, ohne ein Wort zu sprechen, immer geschäftig, für alle Bedürfnisse dieser großen Genossenschaft zu sorgen. Nach genau gemessener Tagesordnung widmet sich alles ab. Vater Prior ist die oberste Gewalt im Kloster, während mein Freund als Procurator der unmittelbare Vorgesetzte der Brüder ist und für die leiblichen, materiellen Bedürfnisse zu sorgen hat. Hier herrscht die von gewissen Genossen gepriesene, aber bei ihnen nicht zu findende „Gleichheit und Brüderlichkeit“. Der sozialdemokratische Zukunftsstaat en detail in der schönsten Wirklichkeit — nur eines anders: Religion ist nicht Privatfache. Hier ist wahre Liebe und „Brüderlichkeit“ zu finden. Denn die Brüder arbeiten nicht aus freiwilliger Furcht oder aus slavischem Zwang, haben sie doch freiwillig sich in das Joch des Gehorsams begeben und betrachten sie es als ihre heiligste Pflicht, ihre Arbeiten gut, aus Liebe zu Gott, zu verrichten, und sich durch Gebet und Betrachtung zu heiligen. Ich sehe, wie ihnen allen die Freudigkeit der Seele und die Freude des Herzens aus dem Anblick leuchtet.

Wenn man also die Brüder so betrachtet, wie sie unter der milden Regierung des Klosters glücklich und froh sind bei ihrer Arbeit, wie sie keine materiellen Sorgen haben und keiner etwas sein Eigen nennt und doch wieder jedem alles gehört, was das Kloster besitzt, so wird man unwillkürlich, wie ich schon angeführt, an den berühmten Himmel im Diesseits, in den herbeigesehnten Zukunftsstaat in der zu beweisenden gesellschaftlichen Untertunung erinnert. Es ist also doch nicht so ganz utopisch und gegenstandslos, was die Sozialisten wollen. Wenn die „Selben des Wortes“ sich einmal vorurteilslos in eine klösterliche Arbeitskolonie begeben wollten, sie wären erstaunt, hier ihre Ideen und Träume verwirklicht zu sehen; nur mit dem bereits angeführten „kleinen Unterschied“, daß die Ordensmänner den „Himmel im Diesseits“ nicht deshalb haben, weil sie den Jeneseits Himmel in gotteslästerlicher Weise verschmähen, nein, gerade weil sie den Jeneseits Himmel rückhaltlos und opferwillig erstreben, haben sie hier auf Erden schon einen kleinen Vorgeschmack davon. Gewiß, es können nicht alle ins Kloster gehen, aber die ganze Welt wäre eben ein Kloster, wenn die Menschen sich die Bestimmungen der ersten Klosterleute zu eigen machten.“

Freilich, dieser Kommunismus, dieser Sozialstaat hat viel Ähnlichkeit mit einer vergoldeten Vogelbüchse,

gutes Futter, Ruhe, Frieden. Aber dieser Klostersozialstaat verfährt doch gegen das Naturgesetz, gegen Gottes Gebot. Nehret euch wie der Sand am Meer. Krankheit und Unnart sind oft die Folgen der Klosterregeln. Immerhin ist obiger Vergleich des Klosterglücks zum sozialdemokratischen Zukunftsstaat ein ehrlicheres Bild, als die bisherigen gemeinen Schilderungen vom Teufel und Faulenzen. In unserem Sozialstaat gilt, im Gegensatz zum Klosterkommunismus, die Parole: Arbeit, Bildung, froher, vernunftgemäßer Lebensgenuss für jeden ohne Ausnahme.

Politische Uebersicht.

Die Ostmarkenzulage abgelehnt!

Eine sehr heftige Debatte entstand am Donnerstag im Reichstage über die Ostmarkenzulagen, die im national-liberalen Abgeordneten Schlee einen begeisterten Verteidiger fanden. Auf diese etwas wortreiche Darlegung antwortete Genosse Mendel mit der Ausführung bestimmter geschichtlicher Tatsachen. Einige etwas scherzhafte Wendungen erregte die Entrüstung der Rechten und namentlich des Herrn Schulz, dem Graf Westarp besprang, vornehmlich um das Zentrum zu ermahnen, bei der dritten Lesung bewilligungsfreudiger zu sein. Das lehnte der Abg. Dr. Spahn einstweilen wenigstens ab, nachdem noch der Pole Seyda gegen die Korruptionspläne polemisiert hatte.

Nach einer letzten Entgegnung des Genossen Ledebour auf die hatariischen Anfälle des Herrn Schüll, wurden in namentlicher Abstimmung die Ostmarkenzulagen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Achtung! Ein Zentrumsumfall ist fällig! Oder wird das Zentrum so schlau sein, für den sozialdemokratischen Antrag auf Gehaltserhöhung für alle Postbeamten zu stimmen?

Die Konservativen und der Reichsverband.

Neuerdings ist es in der Presse in Zweifel gezogen worden, daß sich die Herren Konservativen hinter verschlossenen Türen wirklich so unzufrieden mit dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie gezeigt haben, als es unserem Protokoll-Auszug von der General-Versammlung schlesischer Konservativer zu entnehmen war. Wir haben deshalb das bewußte Protokoll noch einmal eingesehen und geben die betreffenden Reden aus demselben noch einmal wörtlich wieder:

Justizrat Grüner Breslau, tritt für eine straffe Organisation ein mit Disziplin und Vertrauensleuten. Zwei Faktoren dürfe die Partei nicht verlieren: den Mittelstand und das Beamtenum, nachdem die Regierung so völlig verlagert habe. Auch sei ein scharfes Augenmerk auf das große Heer der Arbeiter in den staatlichen Betrieben zu richten, da die Sozialdemokratie dort einzudringen versuche.

Freiherr v. Nitzsch, Nurnberg, bedauert lebhaft die Verschiedenheit der Stichwahltermine, die entgegen der Absicht, welche mit der zeitlich verschiedenen Anberaumung dieser Termine verbunden war, vielfach zu dem schlechten Ausfall beigetragen habe. Das gehe speziell deutlich aus dem Wahlresultat in Schwednitz-Striegau hervor.

Sapmann Oberhard, Müllisch, beabsichtigt, im Abgeordnetenhaus beim Aufbruch die Art und Weise, wie die Schulaußsichtsbehörde tatlos der mit sozialdemokratischen Klüften verbundenen agitatorischen Kampfesweise, namentlich höherer (Seminar- und Ober-) Lehrer, zuzuhilfen, zur Sprache zu bringen, und bittet um geeignetes Material auch aus andern Kreisen.

Bezirks-Schornsteinfegermeister Conrad, Breslau, ist für eine sich in sachlichen Grenzen haltende größere Verschärfung des Wahlkampfes angeht, der unanständigen und in sachlichen Kampfesart der Gegner. Es sei bedauerlich, daß man auf konservativer Seite die Parteifreunde in Geschäfts- kaufmännischen und Handwerkskreisen nicht besser unterstütze aus der unangebrachten Erödigung heraus, man dürfe aus politischen Beweggründen keinen „Voyott“ üben. Es sei über kein Voyott, wenn man — was die Gegner ganz selbstverständlich tun — die genannten Kreise auch geschäftlich bezöuge. Es müssen auch außerhalb der Wahlzeit politische Versammlungen abgehalten werden.

Freiherr v. Nitzsch, Nurnberg, pflichtet dem Vorredner und Herrn Conrad bei in Bezug auf die geschäftliche Unterstützung von Parteigenossen und betreffend Inseraten Aufgabe für die konservativen Presse. Für Schwednitz-Striegau würde es wegen des fortschrittlichen Gegenkandidaten von größtem Werte sein, Kräfte wie Lehrer Antkef, Breslau, zu gewinnen.

v. Riez, Repline, stimmt den Vorrednern bezüglich der Inserate gleichfalls bei. Das Agitationsmaterial des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie sei nicht unter allen Umständen wirksam und brauchbar, was Freiherr von Nitzsch, Müllisch, beabsichtigt. Für den Ausfall der Wahl von Nitzsch sei nicht ohne ungünstige Einwirkung gewesen; daß durch Quertreibern des Reichsverbandes Verwirrung unter den konservativen Kreisen angerichtet wurde. Die Frage des Nitzsch-Partei-Sekretariats möge in seiner Versammlung in Nitzsch erörtert werden.

v. Götter, Schäß: Der sozialdemokratische „Landbote“ sei für die ländlichen Arbeiter besonders gefährlich. Als Gegenmaß sei der „Deutsche Landarbeiter“ zu empfehlen, der bei Nennung der Adresse von der Landwirtschaftskammer direkt zugesandt werde. Diese Art des Verbreitens sei mehr zu empfehlen, als etwa die, sie durch Beamte verteilen zu lassen, da hierbei von den Empfängern meist Mißtrauen gezeigt wird. Es gelte, unter allen Umständen weiter zu arbeiten, ehe es zu spät sei. Wertmeister a. D. Pasch verteidigt den Reichsverband, daselbe tue.

Graf Carner, Siebenbrunn, mit dem Hinweis, daß in manchen Orten mit harter Industriebevölkerung seine Tätigkeit erfolgreich sei.

Freiherr v. Nitzsch, Müllisch, und Justizrat Prützschauer, haben gegen die Grundtendenzen des Reichsverbandes nichts, empfehlen aber, auf die Leitung dahin einzuwirken, daß Verwirrungen vermieden werden insofern Durchkreuzungen ausgegebener Stichwahlparolen. Die Auswahl der Mitglieder müsse sorgfältiger sein.

In Nitzsch ist bekanntlich der freisinnige Volkspartei-Führer gegen den Sozialdemokraten Dietrich gewählt worden. Dieser Ausfall der Wahl wird ein „ungünstiger“ genannt und dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie die Schuld an dem ungünstigen Ausfall zugeschrieben. Herr von Nitzsch fügt hinzu, daß es die Durchquerung der Stichwahlparolen gewesen ist, die man dem Reichsverbande zum Vorwurf macht, und das ganze läuft also in das Bedauern hinaus, daß unser Genosse Dietrich nicht an Stelle des Herrn Nitzsch in den Reichstag gewählt ist. In diesem Bedauern wissen wir uns mit Herrn von Nitzsch einig, schade, daß er unsere Freude über den Sieg Feldmanns in Schwednitz-Striegau nicht teilt.

Da man aber jetzt Einfluß auf die Leitung und die Auswahl (!) der Mitglieder des Reichsverbandes gewinnen will, wird ja der Reichsverband hoffentlich konservative Ziele sein. Und dann wird er hoffentlich dafür sorgen, daß überall Sozialdemokraten gegen Fortschrittler gewählt werden.

Die Bundesstaaten gegen den Reichskanzler.

Die Minister der Bundesstaaten werden indiskret. Einer nach dem anderen steht auf und versichert, daß er nach wie vor prinzipieller Anhänger der Ausdehnung der Erbschaftsteuer sei, und daß er sich nur mit Rücksicht auf die allgemeine politische Lage bei der Ministertagung vom 14. März für einen Verzicht auf die Wiedereinbringung im gegenwärtigen Moment ausgesprochen habe. Nach Sachsen, Württemberg und Bayern kommt jetzt Anhalt.

Diese Erklärungen werden Herrn v. Bethmann-Hollweg nicht gerade angenehm sein, denn er hatte in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ das prinzipielle Festhalten dieser Bundesstaaten an dem Gedanken der Erbschaftsteuer weise verschwiegen und nur die schließliche Ablehnung erwähnt. Der anhaltische Staatsminister Laue aber scheint darauf aus zu sein, dem Reichskanzler noch mehr Unbequemlichkeiten zu machen. So sagt er von der Aufhebung der Branntweinliebesgabe, daß diese bei der Besprechung in Berlin von einer norddeutschen Regierung mit angeführt sei. Eine bestimmte Stellungnahme zu dieser Anregung sei nicht erfolgt und habe nicht erfolgen können, da es sich bei der Zusammenkunft nur um einen allgemeinen Meinungsaustausch gehandelt habe. Nach den offiziellen Mitteilungen, die der Reichskanzler in die Defensivität hat gelangen lassen, steht es so aus, als ob die Festsetzung der Liebesgabe eine Sache sei, über die es innerhalb des Bundesrats keine Meinungsverschiedenheit mehr gebe. Wer hat nun recht?

Doch der kleine Anhaltiner hat dem großen Kollegen in Berlin noch einen weiteren Rippenstoß versetzt. Er stellte sich auf den von einem nationalliberalen Abgeordneten vertretenen Standpunkt und führte aus, daß auch er die Mehrvorlagen nicht für ausreichend erachte für die Sicherheit des Reiches. Das gelte sowohl von der Heeres- als auch von der Flottenvermehrung, und er werde namens der Staatsregierung im Bundesrat seine Bedenken zum Ausdruck bringen.

Es ist zum mindesten ungewöhnlich, daß sich der Minister eines Einzelstaates so über Gesekentwürfe äußert, die dem Bundesrat vorliegen, und besonders auffallend ist es, daß die Vorschläge für Rüstungsvermehrungen in solcher Weise kritisiert werden. Offenbar gibt es da doch allerhand Unstimmigkeiten, und wenn auch nicht gerade angenommen werden kann, daß ausgerechnet der Staatsminister Laue in Dessau sich den Sturz des deutschen Reichskanzlers vorgesetzt hat, so lassen doch Reden wie die seine einen Schluß auf die Schwäche der Position Bethmanns zu. Ob er wohl die Fahrt nach Korfu gesund überstehen wird?

Der linke Flügel des Nationalliberalen

hat keine Lust, sich stillschweigend von den rechtsliberalen Siegern vom Sonntag an die Wand drücken zu lassen. In der sächsischen nationalliberalen Presse geht man gar nicht sanft mit den Scharfmachern um, die im Zentralvorstand im Augenblick die Mehrheit haben. Die „Sächsische Landeszeitung“ spricht sich sehr unverblümt aus und erklärt, daß alle Wern

ausführungsbereite die Sache nur versammeln würden um das Organ Wassermanns, der „Nationaler Generalanzeiger“, findet noch kräftigere Worte. Er schreibt:

„Es ist dem rechten Flügel nun doch gelungen, die nationalliberale Partei in eine tiefere innere Krisis hineinzutreiben; er hat einen schlimmen Sieg davongetragen und übernimmt eine Verantwortung, deren Wucht er selbst noch schwer und drückend genug empfinden wird. . . . Genau in dem Augenblick, wo die ganze Lage nach einer starken nationalliberalen Partei förmlich voll, schwächt der rechte Flügel sie aufs empfindlichste mit einer Trisohität und Grundlosigkeit, die ihresgleichen sucht. Die Vorwürfe, die gegen Wassermann erhoben werden, sind genau so grundlos wie gegen die nationalliberale Jugend. Die Vorwürfe, die der rechte Flügel gegen die Zeitung und die Jungliberalen erhebt, sind genau dieselben vergifteten Waffen, mit denen die extrem-agrarische und die Zentrumspresse die nationalliberale Partei zu sprengen versucht. Mit diesen Waffen kämpfen Nationalliberale gegen ihre Parteileitung!

Dem rechten Flügel sieht die Überzeugung wohl nicht allzu tief, daß Wassermann und die nationalliberale Jugend allzu nahe an die Sozialdemokratie herandrängen; der letzte und entscheidende Grund ihrer Abneigung ist die starke Betonung des Liberalen und Sozialen, auf die Wassermann auch in Köln besonderen Wert gelegt hat. Der rechte Flügel will die Partei als Donationspartei festhalten, als Partei der Bourgeoisie, zu der sie entgegen ihrer Grundlage in den achtziger und neunziger Jahren zu erstarrten drohte. Wassermann will ihr die Grundlage der siebziger Jahre wiedergeben. War sie damals die Massenpartei des nationalen und liberalen Gedankens, so muß sie in gleicher Fortsetzung heute sein eine Partei des liberalen und sozialen Gedankens, die Pflege des letzteren ist heute die Erfüllung unseres nationalen Programms, wie es in den siebziger Jahren der liberale Ausbau des Reichshauses gewesen ist.“

Die Berliner „Nationalliberale Corresp.“, die schon seit über einem Jahre ganz im Sinne des äußersten rechten Flügels rebigiert wird, weiß auf diese Stimmen aus nationalliberalem Lager vorläufig nichts zu erwidern. Durch massive Schimpfereien auf das „Berliner Tageblatt“ und andere linksliberale Blätter, die sich mit den Differenzen in der nationalliberalen Partei beschäftigen, sucht das parteiamliche Organ die Aufmerksamkeit von den inneren Zuständen abzulenken. In einer scheinbaren Berichtigung werden nebensächliche Dinge richtiggestellt versucht. Die Hauptfrage, daß die Schiffer-Zentrum den Wassermannschen Flügel zurückgedrängt haben, kann auch das Organ nicht bestreiten. Die Auseinandersetzung im nationalliberalen Lager hat mit diesen Vorgängen ja eigentlich erst begonnen. Die bevorstehende jungliberale Tagung und der darauf folgende allgemeine Vertretertag werden den Miß noch offener machen, wenn nicht, was ziemlich wahrscheinlich erscheint, eine offene Spaltung eintritt.

Zur Geschichte der Branntwein-Liebesgabe

bringt der Herausgeber der Preussischen Jahrbücher, Professor Delbrück, im Aprilheft der genannten Zeitschrift einen Beitrag, nach dem die Hauptschuld an dieser 25-jährigen Begünstigung der Schnapsbrenner den Nationalliberalen zufallen soll:

„Die Branntwein-Liebesgabe war überzeit im Jahre 1887 ein menschenwürdiges Hilfsmittel für die Einführung der Steuer. Ich habe selber damals an der Formulierung des Gesetzes im Reichstage mitgewirkt, bin aber schließlich aus der Kommission ausgeschieden, aus Mangel, weil Herr v. Bennigsen darauf bestand und es durchsetzte, daß nicht bloß die bestehenden, sondern auch die zukünftig zu errichtenden Brennereien an der Bonifikation Anteil haben sollten. Ohne diesen verwerflichen Zusatz wären die Opfer viel geringer geblieben und wir hätten das Ganze längst hinter uns. Jetzt ist das Gesetz im Laufe der Jahre immer künstlicher ausgebaut worden, und was heute die Folge der Aufhebung des sogenannten Kontingents sein wird, ist schwer vorauszusagen.“

Ueber die geplante Aufhebung der Liebesgabe schreibt Delbrück:

„An sich müßte diese Aufhebung dem Reiche eine glatte Mehrerlöse von nicht weniger als 35 Millionen Mark bringen, ohne daß den Konsumenten der Branntwein versteuert wird. Aber die Brenner haben mittlerweile, unterstützt durch

das Gesetz, einen sehr streng organisierten Ring geschlossen, der die Preise diktiert, und, um den Konsum nicht gar zu sehr sinken zu lassen, den Brennern die Liebesgabe nur zum Teil hat zugute kommen lassen. Es ist anzunehmen, daß der Spiritusring dafür sorgen wird, daß durch Preiserschöpfung die Brenner für den Wegfall der Liebesgabe entschädigt werden. Dann wird erstens, was vermieden werden sollte, doch wieder der Konsum der breiten Massen belästigt, und zweitens wird wieder wie 1888 und 1910 ein Rückgang des Konsums eintreten, und das Reich statt der 80 erhofften Millionen eine sehr viel geringere Einnahme erzielen. Dazu kommt, daß die Süddeutschen für ihre Brennereien Kraft Reservatrechts noch eine besondere Entschädigung verlangen, und schließlich, wenn der Spiritusring in die Brüche gehen sollte, wird das ganze Gewerbe sich umwandeln müssen, und zahllose kleine Brennereien werden eingehen.“

Trotzdem ist es gut, daß wir die Mißbildung, die sich allmählich gestaltet hat, loswerden, und wenn die erhofften Mehreinnahmen für das Reich dabei nicht herauskommen, oder wenn gar an der sehr komplizierten Frage des süddeutschen Reservatrechts die ganze Reform nach scheitern sollte, so wird man schließlich doch wieder auf die Erbschaftsteuer zurückkommen müssen.“

Die Agrarier schnappen neue Beute, die Branntweinrentner zahlen höhere Preise und das Reich erhält so gut wie nichts.

Die Geschäftsbildungskommission des Reichstages

beendete Mittwoch die zweite Lesung des Abschnitts „Interpellationen und Anfragen“. Der § 32 der Geschäftsordnung bezieht sich auf die Fassung der ersten Lesung. Danach tritt die Neuerung ein, daß den Interpellationen „kurze Erwägungsgründe beigesetzt werden“ können, und daß der Verlesung der Rede eine Grenze gezogen würde. Dann aber wurde auf Antrag Gröbers der § 32a eingeführt, der einer etwaigen Obstruktion unter Mißbrauch des Interpellationsrechts vorbeugen soll. Dieser Paragraph, der von den sozialdemokratischen Mitgliedern David, Lebesou und Geher belämpft wurde, lautet:

„Werden Interpellationen in so großer Zahl eingereicht, daß die ordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte des Reichstages verhindert wird, so kann der Reichstag bis zur Befreiung dieses Hindernisses die Verhandlungen über Interpellationen auf einen bestimmten wöchentlichen Sitzungstag beschränken.“

Auch in diesem Falle kann der Reichstag die Verhandlung über einzelne Interpellationen an einen anderen Sitzungstage auslagern.“

Der § 33 bringt die Bestimmung, daß bei der Besprechung einer Interpellation Anträge gestellt werden können, die die Besprechung enthalten, ob die Behandlung der den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichskanzler den Ansichten des Reichstages entspricht oder nicht entspricht. Auf Antrag des Nationalliberalen Fund wurde diese Abänderung an Stelle des Ausdrucks der „Billigung oder Nichtbilligung“ von der Mehrheit beschlossen.

Frage weitergehende Anträge der Sozialdemokraten wurden abgelehnt.

Nach einer Formulierung Gröbers erhielten die Paragraphen, die die kurzen Anfragen neu in die Geschäftsordnung des Reichstages einführen, folgende Fassung:

Die Mitglieder des Reichstages können Anfragen an den Reichskanzler stellen. Die Anfragen sind schriftlich einzureichen und auf die Bezeichnung der Tatsachen, über welche Auskunft gewünscht wird, zu beschränken. Der Antragsteller kann jederzeit erklären, daß er mit Erledigung auf schriftlichem Wege sich begnüge.

Die eingereichten Anfragen werden unter fortlaufenden Nummern in ein Verzeichnis eingetragen und den Mitgliedern des Reichstages alsbald zugewiesen. Der Präsident teilt die Anfragen unverzüglich dem Reichskanzler mit und bringt sie auf die Tagesordnung der nächsten zur Erledigung von Anfragen bestimmten Sitzung.

In der Sitzung vom Dienstag und Freitag jeder Woche darf je die erste Stunde zur unabhängigen Erledigung von Anfragen verwendet werden.

Die Antragsteller, deren Anfragen auf die Tagesordnung gesetzt sind, werden in der Reihenfolge der Nummer ihrer Anfrage aufgerufen. Der Aufruf unterbleibt, wenn die Anfrage einem Gegenstand der Tagesordnung der Sitzung vorgreift. Die Aufgerufenen belegen ihre Anträge.

Eine Besprechung der Antwort des Reichskanzlers und jeder Antrag zur Sache ist unzulässig. Der Antragende kann zur Ergänzung oder Berichtigung seiner Anfrage das Wort verlangen.

Anfragen, die an dem für sie bestimmten Tage nicht erledigt werden, scheitern aus, falls nicht der Antragsteller vor

Schluss der Sitzung schriftlich ihre Erledigung in der nächsten für Anfragen vorgesehenen Sitzung verlangt. Schriftliche Beantwortungen der Anfragen durch den Reichskanzler werden in das Verzeichnis Anfragen § 33a Abs. 3) eingetragen und den Mitgliedern des Reichstages alsbald mitgeteilt.

Eine Redaktionskommission soll über die Fassung noch Bericht erstatten; dann wird dieser Abschnitt nach Osteren auf das Plenum gebracht werden.

Das Schicksal der Wehrvorlagen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ reinit offene Türen ein mit ihrer Versicherung, daß die Wehrvorlagen nicht auf den Herbst verschoben werden sollen. Wie wir erfahren, werden die Vorlagen den Mitgliedern des Reichstages am Freitag, den 12. April, zugehen. Die erste Lesung soll frühestens Freitag, den 19. April, vermutlich aber erst am Montag, den 22. April, beginnen. Die Regierung will versuchen, die bürgerlichen Parteien zu bestimmen, die Verweigerung der Militär- und Marineforderungen an eine Kommission abzulehnen und nur die Deckungsfrage der Budgetkommission überweisen. Auf diese Art glaubt man, den Reichstag in der Woche vor Pfingsten schließen zu können.

Bei der Beratung des Etats für Samoa in der Budgetkommission des Reichstages regte Abg. Kosske an, die Verhandlungen für Samoa und Neu-Guinea zusammenzulegen, aus Gründen der Ersparnis. Staatssekretär Solf wendete sich gegen diese Anregung, die am Stalge der Samoaner scheitern würde. Außerdem müßte ein gemeinsamer Gouverneur jährlich zwei Dienststellen machen, die eine Ausgabe von etwa 20 000 Mk. verursachen würden. Da der bisherige Oberhauptling Mataafa gestorben ist, besteht die Absicht, seinen samoanischen Oberhauptling mehr anzuerkennen. Das werde vielleicht zu kleinen Unruhen Anlaß geben, müsse aber trotzdem geschehen. Die Selbstverwaltung soll ausgebaut werden. Der Planvermerk auf Samoa petitioniert darum, die Kulleinfuhr zu erleichtern, besonders aus Neu-Guinea. Es fehle an Arbeitskräften, denn die Samoaner geben sich nur selten zur Lohnarbeit her. Nur eine Gesellschaft hat das Recht, bis 900 Arbeiter jährlich aus Neu-Guinea anzuwerben, alle anderen nicht. Die Einfuhr hat wiederholt zu Unruhen geführt, weil der chinesische Konsum auf Samoa die Arbeiter aufkehte, ständig höhere Forderungen zu stellen. Die von den Chinesen geforderte Erlaubnis, sich selbst zu machen, wird abgelehnt, wie der Staatssekretär erklärte, weil sonst die Gefahr besteht, daß bald die Chinesen das Übergewicht erhalten würden. Ein chinesischer Arbeiter kostet täglich 2 Mark bis 2,50 Mark, andere Kulis nur 80 Pfennig. Staatssekretär Solf führte aus, am besten wären Samoaner, die auch mit Weib und Kind kommen könnten. Die neue chinesische Regierung werde in Zukunft nicht mehr dulden, daß die Chinesen als Staatsbürger zweiter Klasse in fremden Kolonien behandelt werden, wie sie auch bereits schon Schwierigkeiten wegen der Umwerbung von Kulis gemacht haben. Damit war die Debatte über den Etat erschöpft.

Der Unfall des elsaß-lothringischen Zentrums. Nachdem die Budgetkommission des elsaß-lothringischen Landtags beschloffen hatte, den Gnadenfonds des Kaisers in Höhe von 100 000 Mark zu streichen, stellte sich die gesamte liberale Presse auf diesen Kommissionsstandpunkt. Am Mittwoch verhandelte der Staatssekretär Herr v. Bülach längere Zeit mit Mitgliedern des Zentrums, um sie zu einer anderen Stellungnahme zu bewegen. Das Resultat dieser Verhandlung war, daß am Donnerstag bei der 2. Lesung die Mehrheit der Zentrumsabgeordneten umfiel, obwohl die Regierung das geforderte parlamentarische Kontrollrecht nicht zugestanden hatte. Das Zentrum hatte seinen Mitgliedern das Sitzenrecht freigegeben, worauf der größte Teil der Zentrumsabgeordneten mit den Liberalen stimmte.

Liberaler als Bundesgenossen der Agrarier. Während unsere Genossen in Schwarzburg-Rudolstadt mit vollem Eifer gegen die reaktionäre Regierung und für eine freiere Entwicklung der Landespolitik kämpften, schieden die Liberalen des Fürstentums sich an, der Sozialdemokratie bei diesem Kampfe in den Rücken zu fallen. Die Angst vor einer nochmaligen roten Landtagsmajorität hat diese „Volkvertreter“ so gemacht, daß sie beabsichtigen, in den zwei Wahlkreisen Stadtilm und Blankenburg mit dem Bund der Landwirte einen Pakt abzuschließen. Beide Parteien sollen sich gegenseitig unterstützen und zwar wollen die Liberalen in Blankenburg dem Agrarier ihre Stimme geben, wenn die Liberalen in Stadtilm dafür die agrarischen Stimmen bekommen. Den Wahlkreis Stadtilm eroberten wir bei der letzten Wahl im ersten Wahlgang mit 9 Stimmen Majorität und die Liberalen hoffen nun, durch ihr Taktik uns den Sitz entreißen zu können. Unsere Genossen im Stadtilmer Kreise werden alles aufbieten, um diesen Kreis bei der kommenden Landtagswahl mit größerer Majorität als bisher zu behaupten, und so das volkverräterische Handeln der sogenannten Liberalen zuzuschanden zu machen.

Der Vogt von Eyll.

Erzählung von Theodor Mügge.

Langsam kam Jens durch die öden Täler; hinter Hüfte weiter. Die Stille des Todes herrschte darin. Woher sein Fuß tief sinkend trat, es rieselte leise die Spur hinter ihm zusammen. Dann und wann brach ein Quiststrom von der See herein, raschelt in den dünnen Ranken, die da und dort an geschlühten Stellen hängen und brachte einen Vogt zum Aufstehen, der schwiegend in die Luft stieg und verschwand. Es hat etwas seltsam Bedrückendes, dies nuernehmliche Randmeer, wo Hügel an Hügel liegt, alle lebendig weiß, alle ohne Leben und doch so lebendig. So heute ein Berg ist, freudst Du ihn nach wenigen Wochen kaum mehr; was ein Tal war, ist aufgewachsen; wo eine Spitze sich erhob, ist sie fortgeweht; wo Salme und Ranken hängen, hat der fliegende Sand sie tief begraben. Oft aber sind die Dünen auch leiser geworden und nach der See zu hat der menschliche Fuß sie in Aussicht genommen und hält sie in Ordnung, um Haus und Leben zu schützen. Hürdengehänge halten den Sand auf, daß er nicht fortgeführt werden kann, mit Tang und Gerüll wird er gemischt, damit ein mates Grün seine Furchen darin verjüngt. Tieren werden ausgefällt, um die natürlichen Furchen gegen die wilde See zu verriegeln. Als Jens eine der höchsten Dünenspitzen erreicht hatte, setzte er sich nieder und ließ seine Blicke lange über die fesselnden, wunderbaren Gegenstände der Natur schweifen, die sich vor ihm aufstauten. Da lag der überdende Dünenwall lang ausgebreitet in seinem Grabeschweigen, und schied das blaue Meer von der grünen jenseitigen Karth. — Kein Krausler hat Brandung, kein hohles Karischen, kein Trau unterbrach die Stille. Das Meer hatte sich weit zurückgezogen; so weit, daß das Auge kaum erkennen konnte, wo der weisse, schneeige Strand begann, der wie ein Boden von Silber berückelte glänzte. Es war tiefe Ebbezeit, der Grund bloßgelegt und hier gerade bildeten die Dünen ein weites Feld von Spielsteinen, das eine Nacht einfiel, die auf eine Stunde Breite nur höchsten Land zeigte.

Auf der anderen Seite aber lag die Karth grün und lustig. Das Vieh weidete in großen Scharen darin, aus der Ferne stieg die Spitze eines Kirchturmes auf und in ungewissen Abständen oder Art besten ganze Flecke der reichen Grasbewe, als wärdeln weidmännische Hirsche dort. Die großen Krabben und Möben lagen hin und her, Bodner und Stopen und zösel-

lose wilde Enten zogen da und dort hin, kamen näher und verschwand. Ihr Geschrei drang von Zeit zu Zeit verhallend bis zu dem einsamen Mann, der im tiefen Nachsinnen bald auf Meer und Dünen, bald auf die stillen Gasse in der Karth östete.

Neher seinem Kopfe zogen zwei Segelnde lautlos ihre Kreise und aus dem Schöße der Sandberge schlüpfen wilde Karischen, rührten sich vor ihm auf und fürzten sich in ihre Höhlen zurück, als sie ihn sprechen hörten.

„Alter Lorenz Lebe“, rief Jens nach einer langen Zeit, „das mein Du also, sei die Welt, die mich erwartet? Eine Sandwüste, in der keines Menschen Fuß eine Spur zurückläßt, in der nichts Gutes gedeiht; die schreckliche Verdünnung, in welcher alles sticht und nichts atmen und leben kann, als Raubvogel und armützig Gefier, das ihre Specke wird. Dort aber, in der grünen Karth, konnte ich frieblich wohnen und alt werden, beglückt mehr als viele, geehrt und geliebt von allen. Und wenn ich einst tot bin, werde ich bei denen schlafen, die mich geliebt haben, von denen beweint, die mich Vater nannten, und mein ganzes Herz erfüllten. O! welch Bild, welch Bild! und doch will ich mehr und fordere mehr!“

Er hügte den Kopf mit beiden Händen und sah in die jägernde Karth, wo Himmel und Meer verschmolzen, plötzlich aber sprang er auf und richtete mit steigender Teilnahme seine Aufmerksamkeit auf einen näheren Gegenstand. Von der gegenüberliegenden Spitze der großen Karth war ein Mann in den bloßgelegten Grund des Meeres hineingefallen, der dort irgend etwas suchen mochte. Er war weit hinaus gelaufen und schien noch immer nicht stillstehen oder umkehren zu wollen.

„Der Karth!“ rief Jens, nachdem er einige Minuten lang ihn betrachtet hatte; „sieht und fühlt er nicht, daß die Flut in der Karth begriffen ist?“

Es ist ein gewöhnliches Schauspiel, in Zeiten der Ebbe den meistezeit bloßgelegten Meeresgrund von Menschen durchzogen zu sehen, die in den Rinnen und Löchern Krabben, Rochen und allerlei Meerestiere suchen. Die Schildkröten mit ihren Säcken, oft sogar zu Pferde, ziehen weit hinaus, um ihr Glück zu versuchen und kehren nicht selten, durch reichen Fang belohnt zurück. Inzwischen hat das Meer sogar ein unbekanntes silbernes große Schwärme losgerissen, die gut verkauft werden können, aber welche dem Unselbsteren, der sich von der unheilbaren Flut und dem Nebel überlassen läßt, der häufig unglücklich aufsteigt und das reitende Land einfließt.

Jens beobachtete den Schildkröten. Der Mann war ganz allein und ging im weiten Bogen um die Karth. Inzwischen blieb er stehen und sah sich nach dem Lande um, dann schritt er wieder vorwärts, unterpachte mit seinem Stabe den Grund,

sprang über Rinnen, die ihm den Weg versperrten, und entfernte sich stets weiter.

Nach einiger Zeit schien es, als ob über dem bis dahin ganz heiteren Himmel sich ein feiner durchsichtiger Schleier ansprangte. Die Sonne nahm ein röthliches Licht an, dann glänzte sie wieder hell wie zuvor, um nach einigen Minuten sich von neuem dunkler zu färben.

So allig er konnte, lief Jens von der Dünenpitze herunter und an der Nacht hin, bis zu ihrem äußersten Ende. Was er erwartete, erfüllte sich jedoch schneller, als er gedacht hatte.

Die feinen Nebel, welche die Sonne zu umhüllen schienen, waren in wenigen Minuten so dicht geworden, daß die dunkelrote Kugel kaum noch zu erkennen war. — Das Land hinter ihm, die Dünen und die grünen Wälle der Karth lagen lieblich erleuchtet; der Nebel rührte nur auf Vorland und Watten, aber er verdichtete sich mit jedem Augenblick mehr und füllte weit die ganze Karth ein.

„Welch seltsames Schauspiel!“ rief der junge Mann. „Der wird es glauben von euch, die ihr sicher im ruhigen Lande wohnt, daß wenige Minuten hinreichen, um hier wie mit Zauberer Tag in Nacht zu verwandeln. — Es fehlte nur noch“, rief er erschrocken, indem er seinen Fuß auf den weich werdenden Meeresgrund setzte, „daß die verräterische Flut vorzeitig zurückzöge, wie sie es oft tut, wenn sie ihren grauen, schrecklichen Bundesgenossen, den Nebel, mitbringt. — und“, plötzlich hielt er inne, legte die Hand an sein Ohr und hörte scharf einige Augenblicke auf ein leises dumpfes Stöhnen, das ein plötzlicher Windstoß herbeizuführen schien.

„Er ist verloren!“ schrie er heftig und laut, „die Flut kommt eine volle Stunde früher.“ Stills ließ er eine kleine Strecke in den Nebel hinein und schmeitete sein Hallo dem Winde entgegen, der vom Meere herbeiwachte und den Ton zurückwarf. Plötzlich aber öffnete sich ein Spalt in dem grauen Gebirge, wie eine Gasse zwischen fentrecken Wänden. Jenfalls leuchtete das hellere Sonnenlicht, der Himmel war rein und klar, der Boden des Meeres lag so klar und trocken, als drohe nirgends Gefahr. Der Blick konnte bis in die weiteste Ferne bringen, an deren Grenzen sich ein welliges dunkles Etwas zu breiten und zu winden begann, wie ein ungeheurer Leolithan, der, während er schlief, sich in Regen verstrickte und nun erwacht, mit den Schlägen seiner Blößen sich freizumachen sucht.

„Stehet hierher!“ rief Lorenz, der jetzt den Schildkröten entdeckte, welcher so schnell er konnte, dem Lande zu eilte. „Er hat gute Beine“, sagte er, „aber das graue Gespinnst wirrt schon seine Eselgassen aus, bald genug wird es ihn fest halten.“

(Fortsetzung folgt.)

Sonnabend

Sonntag

Montag

Ein schlagender Beweis

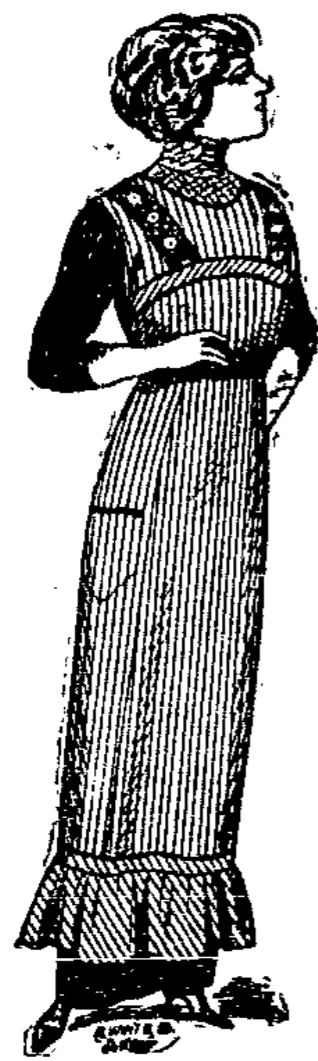
enormer Billigkeit

sind meine diesmaligen

ca. 18500 Schürzen-Tage

Stck. Schürzen f. Damen, Mädchen u. Knaben

tadellose Verarbeitung, pa. Stoffe, viele Fassons.



Käthe mod. Blusenform aus pa. waschecht. Stoff. m. Vol. u. Tasche 1 25



4100

Bella mod. Blusenform, pa. Stoff. 1 15

Zwei sensationelle Angebote!

1. Angebot:

Weiße Tüdel und Tüdelträger mit sehr reicher Stickerei 38
1,55, 95

2. Angebot:

Bunte Tüdel und Tüdelträger i. entzückend. Stoff. und Formen 58
1,25, 95



Lona fesche Blusenschürze 1 95

Grosse Posten Blusen- u. Prinzess-Schürzen 1 15
aus nur waschechten Stoffen und prima Verarbeitung 1,35, 1,25

Kleider- Reform- Schürzen 1 15
aus pa. waschechten Stoffen 1,25

Weiße Hausschürzen aus guten Stoffen Stickereigarnitur 95
1,55

Grosse Posten angestaubte weiße Schürzen enorm billig



Else mod. Blusenform reich garniert waschechter Stoff 1 25



Kurt Russenkittel aus pa. waschechten Stoffen 75 95

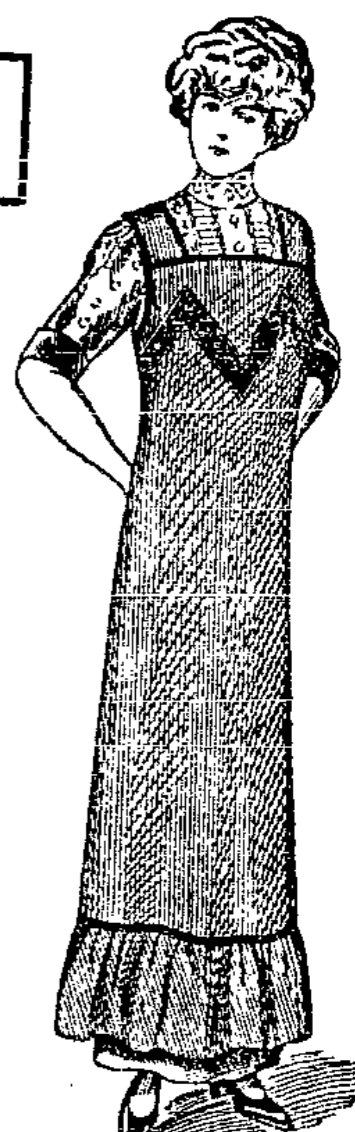
Zum Schulanfang!

Kinderschürzen aller Art enorm billig 68
in vielen Stoffarten und Fassons, Grösse 45-75, waschecht. 1,25

Knaben-Schürzen 45-55 waschecht 42



Ruth Mädchenhänger aus pa. waschecht. Stoffen 1 25 1,45



Lotte Kleiderform, garniert, waschechter Stoff. 1 15

Keine Dame versäume diese günst. Kaufgelegenheit

Bitte beachten Sie Schaufenster u. Extra-Auslage

M. Schneider

Neue Schweidnitzer-Strasse 1.

Fahrräder!



in denkbar grösster Auswahl zu allerbilligsten Preisen.

Spezialität:

Viktoria und Mars. 3884

Arbeiter-Strapazier-Räder allerersten Ranges

Mehrfache schriftl. Garantie. Gleichzeitig empfehle ich die in meiner eigenen Werkstatt gebanten

Stabil-Fahrräder

auf Rennbahn und Strasse seit Jahren bestens erprobt.

Reparaturen schnellstens u. zu kleinsten Preisen

Gebrauchte Räder von 15 Mk. an

Fritz Killmann

Grüschenerstr. 29

Telephon 4084

Sämtliche Ersatzteile sowie Reparatur aller Fabrikate stets am Lager.

Zur Konfirmation

kauft man das eleganteste und haltbarste

Schuhwerk

bei denkbar grösster Auswahl in Kinder-, Straß- und Feinschuhen, sowie Holz- und andere Pantoffeln zu streng realen Preisen nur bei

Robert Kretschmer, Schuhmachermeister,

Friedrich-Wilhelmstrasse 52, gegenüber der Friedrich-Kassir.

Zum Osterfeste

empfehle Osterartikel:

Desserts = Schokoladen Cakes = Kakao = Tee und div. Bonbons

in guten Qualitäten. Konfituren-Geschäft [4256

Margarete Vogt, Rehdigerstr. 15.

Palmona

muß deshalb als Pflanzen-Butter-Margarine bezeichnet werden, weil man sie sonst von Butter nicht unterscheiden könnte. Nehmen Sie die Verpackung weg und Sie haben die feinste Süßrahmbutter! Lassen Sie sich keine Nachahmungen aufdrängen!

Wichtig! Parteigenossen und Genossen! Wichtig!

kauf Herren- und Knabengarderoben

Fein Genossen 1711

Julius Wittkowski

Adalbertstraße 16.

Grosse Auswahl in

Konfirmations-Anzügen in blau und schwarz, einreihige und zweireihige Fassons, prima Qualität, zu sehr billigen Preisen.

Jeder Konfirmande erhält ein Geschenk.

Streng reelle Bedienung. Unterfertigung nach Maß.

Wo? Decke ich Wo?

meinen Bedarf in Linoleum, Läufern, Wachstuchdecken, Markttaschen, Teppichen, Kinderschürzen und Läuferstoffen etc. etc.?

Nur

im Wachstuch- u. Linoleum-Kaufhaus

49 Gartenstrasse 49

Telephon 3886

Vorziger dieses Inserats erhält beim Einkauf 4% Rabatt in Bar.

Zur Konfirmation!

Uhren, Ketten, Ringe,

Broschen, Ohrringe etc. 2055

nur gutes Fabrikat zu billigen Preisen.

Bitte auf alte Firma

Max Frenzel, 39 Friedrich-Wilhelmstr. 39

zu achten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. März.

Geschichtskalender.

30. März.

- 1359 Der Rechenmeister Adam Riese in Amberg †.
- 1896 Der Maler Ludwig Munthe in Düsseldorf †.
- 1905 Der Physiologe Georg Meißner in Wittenburg †.
- 1910 Der Naturforscher Alexander Agassiz bei Boston †.

Stadtverordneten-Versammlung.

Eine recht wilde und unruhige Sitzung, die gegen 8 Uhr abends schließlich infolge Anwesenheit der Beschlusfähigkeit durch die Konfessionen ganz ausfiel, spielte sich gestern im Beratungssaal der Stadtverordneten ab. Als gleich beim ersten Punkte der Tagesordnung, dem Etat der Gaswerke, Stadtv. Schütz mit einem wohl gerüttelten und geschliffenen Maß von Klagen über die Arbeiterverhältnisse in städtischen Betriebswerken und Verwaltungen anhub, die im Spezialbericht nachzulesen sind, kamen verschiedene Herren von der Rechten ganz außer Fassung. Errens Herr ... der selber durch stundenlange Reden über Grundwasserberührung und ... in ausreichendem Maße seine Inferiorität dargelegt hat, dann die Herren Finger und Samburger, die doch ihr Herz auch genügend auf der Junge tragen, und schließlich der brasilianische Konsul, Herr Ehrlich, der seine landesübliche Schwarzenzelei auf den Magistratsbänken mit andauerndem Geknurre gegen die sozialdemokratische Rede verlaufte. Und zu all diesem gesellte sich, als Pfastererschicksale zur Erörterung kamen, der glücklich aus Amerika zurückgekehrte Herr Carso, der früher schon einmal den Geschmack besaß, für die Uebertragung einer Arbeit an — sich selber zu referieren. Diese Herren finden es alle für durchaus angemessen, wenn über den Bau eines Werks oder die Mielung von zwei Bureauräumen, besonders aber wenn über Hausbesitzerinteressen stundenlang gesprochen wird, aber für Arbeiterfragen eine halbe Stunde zu opfern, das geht über ihr Fassungsvermögen. Na, Genossen Schütz brachten sie nicht aus dem Konzept und einige verkaufte Zwischenerreiser bekamen eins auf die Nütze, daß sie ganz still wurden. Hoffentlich beherzigen die Herren die Mahnung des Genossen Schütz, der Arbeiterpartei Sitz und Stimme in allen Deputationen zu geben, besonders in der Betriebsdeputation, dann wird es nicht mehr nötig sein, Einzelfälle im Plenum der Versammlung vorzubringen. Denn mit der Entfristung der Beschwerden durch die Beamten-darstellungen, wie sie Herr Witz und Herr Bürgermeister Trentin wiedergaben, kann es natürlich sein Bewenden nicht haben.

Standen die Herren Stadtverordneten zunächst noch unter dem Eindruck, lange Reden können nur von Sozialdemokraten gehalten werden, so wurden sie durch die Stadtv. Dr. Milch und Dr. Wohlfauer bald eines Besseren belehrt. Herr Milch referierte über den Etat der Beamtenbeförderungen und gab neben anderen Anregungen dem Gefühl der Bürgerschaft Ausdruck, daß die städtischen Beamten nicht gerade besonders eifrig hinter der Arbeit her seien und manche Vermehrung des Beamtenkörpers unnötig wäre, wenn etwas stramm und nicht nur sieben durchgehende Stunden gearbeitet würde. Bürgermeister Trentin nahm die Beamten in Schutz.

Beim Volksschuletat machte Herr Oberlehrer Dr. Wohlfauer den freiwilligen Magistratsanwalt gegenüber der Denkschrift der Volksschullehrer und widersprach dem allzurastigen Schulhausbau und der zu stürmischen

Gerabsetzung der Klassenfrequenz, sodas sich aus den Reihen seiner eigenen Partei ein Verteidiger der Volksschullehrer in dem Stadtv. Wolff erhob, der die von unserem Etatsredner in der Generaldebatte schon erwähnte Denkschrift der Lehrer verteidigte. Bei diesem Punkte der Tagesordnung kam auch die Turnhallenfrage zur Entscheidung. Stadtv. Landsberg setzte sich in längerer gründlicher Rede mit dem Argument des leider abwesenden Oberbürgermeisters auseinander und bewies zwingend, daß man bei der Verbeigerung der Hallen von total falschen Voraussetzungen ausging. Bürgermeister Trentin beeilte sich trotz dieser Klarstellung recht schnell zu beweisen, daß er in diesem Punkte an reaktionärer Gesinnung dem abwesenden Ober nicht, seinem fortschrittlichen Magistratskollegen aber sehr nachsteht. Sekundiert wurde er in leudenschamer Weise von Herrn Sanitätsrat Töpfer, der als deutscher Turner feinfühlig genug war, selbst den Strid für die „Freien“ mit zu drehen. Beide Wahrer der gleichen Bürgerrechte vermochten zwar nichts als Behauptungen vorzubringen, die von Genossen Landsberg mähelos widerlegt wurden, und der Führer der Liberalen, Herr Heilbera, bewies ihnen gleich danach, wie wenig überzeugend ihre Ausflüchte wirkten. Er trat unter der lebhaftesten Entfristung des gerechten Herrn Herzfel für den Antrag der Sozialdemokraten ein, die Turnhallen an alle Turnvereine zu vergeben. Da ihm aber ein Teil der Liberalen die Gefolgschaft verweigerte, wurde der Antrag gegen eine große Minderheit abgelehnt. Er wird solange wiederkommen, bis er angenommen wird — hoffentlich mit Hilfe einer kräftig verstärkten sozialdemokratischen Fraktion.

Nach debattelofer Erledigung von fünf Vorlagen, hub eine neue ausgedehnte Diskussion um den Tarif für elektrische Licht und elektrische Kraft an, wobei die Herren Sternagel-Saase und Mühlbach Vorträge im Interesse des Mittelstandes stellten, und Herr Gärtner II allgemeine Kritik übte, wofür er vom Stadtrat Witz grob angefahren wurde. Nach Verteidigung des Tarifs durch die Herren Mugdan und Samburger und einem abgelehnten Verlagsungsantrag, zweifelte Stadtv. Wujakowski von der Rechten die Beschlusfähigkeit der Versammlung an, worauf der Vorsteher die bewegte Sitzung aufhob. Um die Masse des noch vorhandenen Stoffes zu bewältigen und den Etat zu erledigen, sollen nun in nächster Woche am Montag und am Donnerstag Sitzungen stattfinden.

Der Etat der Gaswerke

Soll nach dem Ausschussbericht den Stadtv. Ratsch (lib.) erläutert, im wesentlichen der Aufstellung des Magistrats entsprechend genehmigt werden. Nur die Miete für Gasmesser soll im Interesse der kleinen Verbraucher bei fünf Pfannen von 8 auf 2 M. ermäßigt werden. Der dadurch geschaffene Ausfall wird auf rund 50.000 M. veranschlagt.

Stadtv. Schütz (Soz.): Ich habe eine Reihe von Beschwerden und Wünschen über städtische Betriebe vorzubringen, die besser ihrer Erledigung in denen ihr zuständigen Deputationen finden könnten. Da man uns aber aus diesen absichtlich fernhält, müssen wir diese Gelegenheit benutzen, um sie zur Sprache zu bringen. Ich werde mir gestatten, eine ganze Reihe von Dingen zu behandeln, die nicht direkt zu diesem Etat gehören, um nicht allzuviel Zeit hierfür in Anspruch zu nehmen. Es ist selbstverständlich, daß in jedem Betriebe Ordnung herrschen muß, aber die Bevormundung der Arbeiter geht in den städtischen Betrieben doch zu weit; sie ist einseitig und gestattet dem einen, was sie dem anderen verbietet. Im Gaswerk IV leistet man sich in dieser Beziehung ganz Unvergleichliches.

Man kümmert sich um Dinge, die eigentlich nur Angelegenheit der Arbeiter sind; der Betriebsinspektor Baumann verlangt sogar, daß ihm die Aenderung des Status eines Vereins, dessen Unterhaltungskosten und Verwaltung von den Arbeitern bestritten werden, zur Regulierung vorgelegt wird.

Alle bisher Tageweise aber wird in den Schalten gestellt durch die Tatsache, daß dieser Herr den Arbeitern zu verbieten mag, daß die „Volkswacht“ für einen verstorbenen Kollegen in der „Volkswacht“ veröffentlicht wird, indem er dies als eine unzulässige „politische Demonstration“ bezeichnet.

Welcher Entrüstungskurs würde losbrechen, wenn sich Arbeiter das gleiche gegen Baume erlaubten. Die Arbeiter sind mündig und können jede solche Bevormundung ab. Es ist ein starkes Stück, wenn einem Arbeiter, der nur in dem Verdacht steht, einem wenig schreibekundigen Kollegen eine Eingabe verfaßt zu haben, die ihrem Inhalt nach völlig einwandfrei war, die Entlassung angedroht wird. Es ist eine Maßregelung vorgekommen, weil sich ein Arbeiter weigerte, Streikarbeit zu machen. Es geschah dies bei der Ausperrung der Steinseher im vorigen Jahre. (Lebhaftes Zwischenrufen. Stadtv. Carboeus münd auf, Stadtv. Ehrlich ruft ununterbrochen: Gaswerke, Gaswerke!) Schütz (fortfahrend): Wenn Sie meinen Ausflüchtungen nicht interessieren, dann ist ja draußen auch noch Platz. (Große Aufregung bei Herrn Ehrlich.) Schütz (fortfahrend): Als vor einigen Jahren die Leipziger Arbeiter mit der drittigen Dreiklassenklasse im Konflikt standen, konnte man in Fachschriften täglich die Notiz: „Carbo Leipzig lesen.“ Das heißt auf deutsch nichts anderes als, Stillet Euch, haltet Zusage fern! Diese Maßnahmen halten Sie für berechtigt; einem Arbeiter aber, der sein Solidaritätsgefühl bekundet, legt man den Fingel vor die Tür. Laut Beschluß des Magistrats sollte den Arbeitern am 1. Oktober 1911 eine Lohnzulage von 4 bis 5 Prozent gewährt werden. Nach den uns vorliegenden Protokollen der Betriebsdeputation ist dies bei Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk geschehen. Den Arbeitern des Stadthafens wurde die Zulage aber erst am 13. Oktober, denen des Bauamts am 19. Oktober, zum Teil erst vom November gewährt.

Selbst wenn der Einführung Schwierigkeiten im Wege standen, hätten die bewilligten Beträge nachgeholt werden müssen. Das ist Willkür. Was nützen die besten Beschlüsse des Magistrats, wenn diese von den untergeordneten Organen nicht ausgeführt werden. Mit den Lohnsätzen ist es genau so. Am 30. Mai 1910 bestimmte die Deputation der Gaswerke, daß der Anfangslohn für Handwerker 3,50 Mark, und für ungelernte Arbeiter 3 Mark pro Tag betragen solle. Es heißt in dem Deputationsbeschlusse ausdrücklich: „Die Anfangslohne von 3 Mark gelten nur für neuangestellte nicht erprobte Personal im ersten Jahre.“ Es existiert eine ältere Bestimmung, nach welcher jugendliche Personen bis zur Vollendung des 25. Jahres minderen Lohn erhalten sollen. Diese Bestimmung ist aber durch den Deputationsbeschlusse vom 30. Mai 1910 zweifellos aufgehoben.

Trotz der im Jahre 1910 von mir geübten Kritik sind die Lohnsätze nicht überall gleich. Obwohl der Arbeiterausschuss der Gaswerke die Laternenwärter als vollwertige Arbeiter behandelt wissen will, für die der festgesetzte Lohn 3 Mark täglich beträgt, lehnte der Magistrat den Antrag ab. Aus dem ablehnenden Bescheide des Magistrats ist der Satz: „Die Nachtrübe auf der Wache kann selbstverständlich nicht als Arbeitszeit gerechnet werden“ geradezu willkürlich. Wenn man diese Zeit als Arbeitszeit nicht rechnen will, mit welchem Rechte verhält man über die Zeit dieser Leute?

Die magistratuelle Willkür geht ihre eigenen Wege. Das Koalitionsrecht soll in den Stadt-Betrieben verbürgt sein, nur soll in diesen nicht agitiert werden. Wie steht es aber in Wirklichkeit? Den Gegnern des Gemeindearbeiterverbandes (Beamten und Arbeitern) ist innerhalb der Betriebe alles erlaubt. Gelbe Vereine werden unterstützt und von städtischen Beamten geleitet. In denen für dienstliche Publikationen bestimmten Stellen werden Befanntmachungen dieser Vereine veröffentlicht.

Die gelben Organisationen, dieses aus Frankreich herübergekommene Gewächs, sind wahrscheinlich keine Zierde für die deutsche Arbeiterbewegung. Die gelben Gewerkschaften erziehen ihre Mitglieder zur Unselbstständigkeit, zum Scharismachertum und drassisch ausgedrückt, zur Zweifelskrederei.

Die zutreffende Charakteristik der gelben Vereine rührt von keinem Sozialdemokraten, sondern von dem Ufa-Schiffser (Str.) her. Die Anerkennung des Koalitionsrechts ist daher nur eine schöne Redensart. Obwohl die städtischen Verwaltungen ihre Arbeiter durch den städtischen Arbeitsnachweis beiseite stellen, werden im Nachhinein Nacharbeiter gegen Vorsehung ihrer Verbandskarte eingestellt. Die von der Stadt geschaffenen Wohlfahrtsvereinigungen verdienen nicht. Es müssen aber Garantien geschaffen werden, damit es bei diesen nicht nach Günst geht. Einmal Sicherung des Ar-

Aus aller Welt.

Der Prozeß der Witwe Hermann abermals verlagert! Vor dem Landgericht I Berlin war für Donnerstag die Urteilsverkündung im Prozeß der Witwe Hermann festgesetzt. Am 2 Uhr verkündete jedoch der Vorsitzende, Geheimrat Sahm, das Gericht habe wegens eingehender Untersuchung einiger Aktepunkte seine Entscheidung bis zum 29. April verlagert. — Wie lange denn noch?

Die Ueberschwemmung in der Untergrundbahn. Trotz aller Anstrengungen, die gemacht wurden und zurzeit noch andauern, ist ein weiteres Steigen der Flut auf der Untergrundbahn in Berlin zu erwarten. Die in dem Schacht aufgestellte Kreiselpumpe ist ebenfalls erschossen. Es soll eine neue Konferenz der Ingenieure stattfinden, in der die weiteren Maßnahmen beraten werden sollen. Zeitweise gelang es, ein weiteres Zunehmen des Wassers im Fahrtricht der Untergrundbahn zu verhindern; ob dieser augenblickliche Erfolg aber von Dauer sein wird, ist noch nicht zu sagen. Die leitenden Ingenieure werden immer skeptischer; Prophezeiungen wollen sie selbst für die nächsten Stunden nicht geben, da sich die Situation von Stunde zu Stunde ändert. Es hängt alles von der Unternehmung ab, die mittags durch die Taucher vorgenommen werden wird. Zurzeit ist man mit den Vorbereitungen für die Taucharbeiten beschäftigt.

Ein Opfer des Militarismus. Einer jener unglücklichen Menschen, die sich dem militärischen Drill beim besten Willen nicht zu fügen vermögen, infolge dessen Strafen über Strafen erleiden und schließlich auf Jahre hinaus im Gefängnis oder gar Zuchthaus enden, ist auch der Arbeitssoldat Wendt, der am Mittwoch vor dem Kriegsgericht der Kommandantur in Magdeburg angeklagt war, sich eines tödlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten, der Achtungsverletzung, des Belügens eines Vorgesetzten und noch anderer Delikte schuldig gemacht zu haben. Wendt hatte sich bei der Truppe eine Strafe über die andere zugezogen wegen Vergehens gegen die militärische Disziplin und war bei der Arbeiterabteilung gelandet. Hier erlitt er eines Tages wieder eine Arreststrafe und sollte vor seiner Abführung noch einmal seine Sachen vorzeigen. Dabei befolgte er einen Befehl, die vorgelegte Unterhose höherzuhalten, nicht. Als der Befehl wiederholt wurde, knüllte Wendt die Hose zusammen und warf sie dem Sergeanten ins Gesicht, wobei er die bekannte Einladung aus Goh von Verlichungen gebrauchte. Das Kriegsgericht verurteilte den geständigen Angeklagten, der bei dem Antrag des

Anfragevertreters in eine Art Krämpfe fiel, zu fünf Jahren Gefängnis.

Eine Verzweiselungstat? Donnerstag vormittag gegen 11 Uhr wurde Hauptmann Reisch, der Kompaniechef der 11. Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 18, auf dem Kasernenhof in Osterode von dem der gleichen Kompagnie angehörenden Musketier Ehrerleben, der im ersten Dienstjahre stand, erschossen. In der Begleitung des Offiziers hatten sich einige andere Offiziere befunden. Bevor sich diese im ersten Schreck klar wurden, was eigentlich geschehen war, trachte auch schon ein zweiter Schuß auf dem Kompaniegang. Der Musketier hat sich selbst durch einen Schuß in den Kopf getötet. Beide Leichen wurden in die Leichenhalle des Garnisonlazarets gebracht. Die Ursache des Vorfalls soll darin zu suchen sein, daß angeblich Hauptmann Reisch gegen seine Untergebenen sehr streng war. Der Täter Ehrerleben ist ein tüchtiger Soldat gewesen, der sich niemals etwas zuschulden kommen ließ, getreulich seinen Dienst versah und bisher in keinerlei Differenzen mit Vorgesetzten geraten war. Die Untersuchung über die Motive der Tat dauern noch an und werden von dem hinzugerufenen Militärgerichtsrat geführt.

Liebesragbie auf dem Starnbergersee. Mittwoch abend fuhr ein 28jähriger Kaufmann in einem Ruderboot von Starnberg in den See hinaus. Wäres abend, folgte ihm seine Geliebte, mit der er kurz zuvor einen Streit gehabt hatte. Das Mädchen nahm ein Motorboot und fuhr ihrem Bräutigam nach. Kurz bevor das Boot eingeholt wurde, jagte sich der junge Mann, im Boot stehend, eine Kugel in den Kopf und fiel in den See. Ein von dem Mädchen zur Hilfe gerufener Fischer holte den Schwerverletzten heraus und brachte ihn nach dem Starnberger Krankenhaus.

Sechshundert Arbeiter zum Feiern gezwungen. Aus Dortmund und meldet der Draht: Auf Zechen Kaiserstuhl ist die Zronmelnhabe einer Fördermaschine gerissen. Infolge der Störung müssen sechshundert Arbeiter etwa vier Wochen feiern.

Ein schwerer Diebstahl. Aus der Peter-Paul-Festung in Petersburg sind fünf Kanonen nebst zahlreichem Kupferne Geschützgehör verschwunden. Der Chef des Artilleriebataillons Schestakow hat die eingehendste Untersuchung angeordnet, die aber bisher resultatlos verließ. Bei der strengen Verwahrung der Festung ist das Verschwinden der Geschütze ganz rätselhaft.

Es wird immer netter im heiligen Rußland. Schon vor einiger Zeit kam die Nachricht, daß irgendein um Petersburg

eine Kanone gestohlen worden war, ohne daß es gelungen wäre, den Dieb zu fassen. Jetzt verschwindet eine ganze Batterie, und seiner steht sie wieder. Welcher hochgeborene Kleptomant ist wärrat denn für derartige Nippesachen?

Feuertastrophe in Ungarn. Die Ortschaft Ersten (Bez. Kralova) ist vollständig eingeeäschert. Das Feuer entstand schon Mittwoch nachmittags und dauerte noch an. Mehr als 300 Häuser sind niedergebrannt, darunter ein Bankgebäude, das Gymnasium, Kloster und Bezirksamt. Auch die Klosterkirche und die Synagoge sind eingeeäschert, dergleichen die Wohnhäuser der Beamten der Arvathaler Bahn. Zahlreiche Hausliere sind umgekommen. Die Vorkalierung des Brandes ist infolge des Sturmwindes unmöglich. Der Schaden ist riesig, die Bevölkerung sieht dem größten Elend entgegen.

Verurteilung eines Zwangsänglings wegen Mordes. In Hagenau wurde das Urteil gegen den Bögling der hiesigen Zwangsarbeiterziehungsanstalt, Cavallini, der einen anderen Bögling, namens Bichte, ermordet hatte, gesprochen. Es lautete auf sechs Jahre Gefängnis.

Mit dreißig Personen untergegangen. Auf dem Eri-See im Nordosten der Vereinigten Staaten ist ein Trajetschiff, auf dem ein Eisenbahnzug stand, mit einem Dampfer zusammengeknollen. Der Dampfer sank und dreißig Personen fanden den Tod in den Fluten.

Pariser Verbrecher. Von Verbrechern, die in einem Automobil angekommen waren, ist in einem Kaffeehause des Bahnhofes von Nogent-Perreuz eingebrochen worden. Da jedoch der Kassierer noch am Abende zuvor die gesamte Tageseinnahme, ungefähr im Betrage von sechstausend Francs, auf der Bank eingeliefert hatte, erbeuteten die Banditen so gut wie gar nichts. Aus Rasche darüber zertrümmerten sie alle Möbel, zerschritten alle Gardinen und Lächer und hausten wie Vandalen. Sie drangen dann schließlich noch in den Raum ein, in dem die Güter lagerten, die zur Abfertigung kommen sollen, und zertrümmerten und vernichteten alle dort lagernden Waren. Was übrig blieb, und was nicht zertrümmert werden konnte, das warfen sie auf die Schienen. Einige Schienen rissen sie aus und legten sie dann quer über die Gleise. Eine strenge polizeiliche Untersuchung ist sofort eingeleitet worden. Jedem eine Spur von den Tätern hat man bisher nicht gefunden. Die Räuber verschwand an auf ebenso plötzliche und geheimnisvolle Art, wie sie gekommen waren.

betriebs vor willkürlicher Entlassung und zweitens, daß die Gewährung der Wohlfahrt nicht ins Belieben der Arbeitsbeamten gelegt ist. Es ist bedenklich, dem Betriebsleiter allein die Entscheidung darüber, welcher Arbeiter sich bewährt hat, zu überlassen. Hier wird der Wirtschaftswirtschaft für und für geöffnet. Das in städtischen Betrieben noch eine 12-jährige Arbeitszeit herrscht, sollte man nicht für möglich halten.

Die Arbeiterausschüsse können infolge eines arbeiterfeindlichen Ausschusses nur eine sehr untergeordnete Tätigkeit entwickeln. Breslau steht unter den deutschen Stadtverwaltungen mit folgender Bestimmung einzig da: „Die Beschlüsse der Ausschüsse sind in ein Protokoll aufzunehmen, das in der Sitzung selbst abzulesen und am Schluss zu verlesen, zu genehmigen und von sämtlichen Teilnehmern zu unterschreiben ist.“ Der Schriftführer im Ausschuss, also der schärfste Arbeiter, muß das Sitzungsprotokoll sofort in der Ausschusssitzung anfertigen; das kann er natürlich nicht und deshalb können die Ausschüsse nicht die Gründe für ihre Anträge der Stadtverwaltung angeben.

Bei den Dienstaten zuzulagen der Arbeiter, die nach drei vollen Jahren gewährt werden sollen, kommt es vor, daß der Arbeiter fast 4 Jahre warten muß. Als in der Befehlsordnung der Beamten sich derselbe Liebesstand zeigte, wurde er beseitigt. Der Differenzlohn, der den Arbeitern im Krankheitsfalle zugestanden wurde, wird nicht ohne weiteres ausbezahlt; im Marzfall findet erst ein vernünftiges Verhör statt, und der Kranke muß erst seine Nützlichkeit begründen. Vor kurzem erklärte der Herr Oberbürgermeister, daß die städtischen Arbeiter das unbeschwerliche Besondere haben. Die es aber damit befreit ist, zeigt ein Fall beim Gaswerk IV. Nach viel Fleiß aber wird dieses Recht durch den Vorgang im Marzfall nicht beachtet. Der Fall im Menschenleben forderte. Daß in diesem Falle der Magistrat von dem untergeordneten Organe nicht unterstützt wurde, ist aus einem Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters ersichtlich. Mit dem Beschwerderecht ist es wie mit dem Koalitionsrecht. Die städtischen Arbeiter haben das Beschwerderecht, wenn sie aber davon Gebrauch machen, werden sie entlassen. Was nützen die schönen Beschlüsse des Magistrats, wenn die untergeordneten Organe diese nicht befolgen? Den Beamten wird unbedeuten als gelohnt, während die Arbeiter von vornherein als verdächtig erscheinen. Die Willkürherrschaft muß beseitigt werden, wenn die Arbeiter der Verwaltung mit Vertrauen begegnen sollen.

Bürgermeister Trentin: Herr Schütz kann nicht erwarten, daß wir auf alle Einzelfälle hier eingehen und ich muß ihn bitten, uns das Material zu übergeben. Ich muß dann herausfinden, daß der Magistrat das Koalitionsrecht voll ausüben darf. Soweit die sogenannten gelben Vereine in Frage kommen, kann auch davon nicht die Rede sein, daß jemand gemahnt wird, wenn er nicht beitrifft. Wegen des Streikens, der nicht die Arbeit machen wollte, die wir ihm aufrufen, kann nur gesagt werden, daß wir ihn entlassen mußten. Es ist dann nicht gesagt worden, daß die Feuerungsanlagen im vorigen Jahre an alle Arbeiter von einem Tage an zu zahlen waren. Sollte es so sein, daß bei den beschriebenen Gasanstalten verschiedene Löhne beständen, so würde ich das nicht billigen; ebenso bin ich nicht einverstanden damit, daß den Laternenwärtern die Nachstunden abgerechnet werden. Aber warum bringen die Herren die Beschwerden nicht beim zuständigen Beauftragten an? (Zuruf bei den Sozialisten: Das ist nicht möglich.) Ich muß aber doch darum bitten, daß Sie das tun.

Stadtkonzeptsdirektor: Einzelne Fälle des Herrn Schütz sind mir bekannt. In allen Gaswerken ist die Löhnerhöhung im Oktober eingetreten. Dann hatte ich es für ausgeschlossen, daß die Löhne in den Gaswerken verschieden sind. Auch die Laternenwärter haben Zulagen bekommen. Der Schloffer, der entlassen wurde im Gaswerk IV, weil er sich beschwerte, ist später wieder eingestellt worden.

Stadtkonzeptsdirektor (Soz.): Auf die Ausführungen des Herrn Bürgermeister und des Herrn Baurat Witz habe ich nur wenig zu sagen. Ich habe nur bemerkt, daß Mittelstücken des gelben Vereins an den für Betriebspublikationen bestimmten Stellen bekanntgemacht wurden. Die Angelegenheit mit dem Steinleger hat sich so abgeklärt, wie ich sie geschildert habe. Daß die Zulagen vom Oktober 1911 bei dem Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk pünktlich gewährt wurden, habe ich gänzlich bestritten. Bei den von mir genannten Verordnungen ist es aber nicht gegangen. Der Herr Bürgermeister hat bemerkt, daß ich mein Material nicht vorher den maßgebenden Stellen zur Information unterbreitet habe. Da ich aber nicht Lust habe, mich behandeln zu lassen wie in früheren Fällen, unterließe ich das. Bei der Etatsberatung 1905 erhob ich Beschwerden gegen einen städtischen Beamten. Ich wurde daraufhin vom Herrn Oberbürgermeister aufgefordert, entweder die von mir aufgestellten Behauptungen in der Stadtkonzeptsdirektorenversammlung zurückzunehmen, oder den Beweis anzutreten. Ich zog das letztere vor, was aber sehr erregt, als wir in einem Schreiben die Mitteilung wurde, daß die Anweisung, die der Beamte mir gegenüber gemacht habe, nur scherzhaft gemeint gewesen sei. Bemerkungen will ich, daß die Sache so ernst war, daß zu Söcheren keine Veranlassung vorlag. Die Herren Beamten wissen, daß sie von oben herab geschätzt werden und die Arbeiter ihnen gegenüber immer unrecht bekommen. Es ist daher erklärlich, wenn den Arbeitern zu einem Teil dieser Herren das Vertrauen fehlt.

Der Etat wird hierauf vorläufig festgesetzt.

Der Etat der Volksschulen

wurde durch den Referenten Stadtkonzeptsdirektor, Dr. Wohlfahrt (lib.) ausführlich erläutert. Breslau hat mehr als 64.000 Volksschüler, von denen jeder die Stadt 94,48 M. im Jahre kostet. Für einen Gymnasialisten gibt die Stadt jährlich 228,54 M. aus. Die Breslauer Volksschulen stehen zwar hinsichtlich der Leistungen der Stadt noch nicht an der Spitze, die Aufwendungen aber wachsen ständig. Die Klassen sind im Durchschnitt mit 51,8 Schülern besetzt. Redner hofft, daß es in nicht allzuferner Zeit möglich sein wird, die Zahl bis auf 45 herabzuziehen. Insgesamt hat Breslau 149 Volksschulen mit 1258 Klassen.

Stadtkonzeptsdirektor (lib.): Ich muß noch einmal auf die Konzeptsdirektion der Lehrer zu sprechen kommen, die seinerzeit sehr unheimlich aufgenommen wurde. Die Statistik zeigt, daß wir in der Befragung der Klassen nicht an der Spitze stehen. Gewiß werden wir in absehbarer Zeit nicht auf 37 Schüler kommen, was im Vorzuge von einer Seite gefordert wurde, aber auf 45 Schüler müßten wir unbedingt kommen. Dann hat sich der Herr Oberbürgermeister sehr häufig dagegen gewandt, daß die Konzeptsdirektion behauptet, die Volksschulen zur Anwesenheit herabzusetzen. Aber die Lehrer haben damit nur recht. Herr Professor Richter in Breslau rät den Eltern in einem Bericht ausdrücklich davon ab, ihre Kinder in die Volksschulen zu schicken, wegen des Umfanges und des ganzen Unterrichts. Ich bitte auch, 1000 Mark für Wälder in den Volksschulen auszugeben. Ebenso müßten die Kinematographentheater für die Schule dienlich gemacht werden, was nur von Partei wäre.

Stadtkonzeptsdirektor (Soz.): Wir wollen hier einen Antrag stellen, nämlich den Magistrat zu ersuchen, den Freien Turnern die städtischen Turnhallen unter den gleichen Bedingungen zur Verfügung zu stellen, wie allen anderen Vereinen. Einige Sitzungen zuvor hat sich der Herr Oberbürgermeister gegen ein solches Ersuchen gewandt, da die Freie Turnerschaft eine Hilfsleistung der Sozialdemokratie sei. Und Herr Kollege Kaufmann ging noch weiter. Er bezeichnete die Freie Turnerschaft als die Organisation einer politischen Partei, der man die Hallen nicht geben könne. Beide Herren sind über die Sache sehr falsch unterrichtet. Jeder Kenner weiß, welche Kraft zum politischen Leben in der Sozialdemokratie herrschen. In

eine Konkurrenzorganisation unter der freien Turnerschaft nicht dulden. Wenn die Turner sich in der Parteipolitik einmischen und auf diese einwirken wollten, würden sie am längsten der Partei angehört haben. Sie würden ausgefordert werden, sich entweder aufzulösen, oder der Partei den Rücken zu kehren. Der frühere städtische Oberturnlehrer Kramppe hat denn auch versichert, daß der Vorstand in ordnungsmäßiger Weise den Turnbetrieb fördert und nichts anderes tut. Die Bauhinie kann doch auch nicht kassenkämpferisch sein und mit dem Hochsprung lassen sich keine zielbewußten parteipolitischen Tendenzen verbinden. (Geisterst.)

In Berlin hatten wir dieselben Kämpfe. Die Bestrebungen der Schulverwaltung, den Freien Turnern die Hallen zu entziehen, haben aber erfolglos. Und wie in Berlin selbst haben sie in den Vororten, wie Schönberg, Mydraf, Charlottenburg, zur Verfügung. Es wird behauptet, die Literatur der Freien Turner strebe vor sich gegen die Unterrichtsverwaltung. Die Unterrichtsverwaltung aber hat den städtischen Turnunterricht gestiftet und damit die Kritik gegen sich wachgerufen. Daß sich die Turner beschwerten, wird ihnen nur schwer verbucht. Dann werden den Turnern ihre Lieber nicht zum Vorwurf gemacht, in denen alle schönen Lieber verbrannt seien. In einem alten Lieberbuch aus dem Jahre 1902 finde ich ein Lied von Schenkendorf, worin an einer Stelle aus „Gottes Flamme“ eine „hehre Flamme“ gemacht worden ist. Ich finde es nicht richtig, Lichter zu korrigieren; aber das kommt nicht nur bei den Freien Turnern vor. Hat man doch in Schulbüchern das Lieben aus dem Verle: „Rein Lieben ist verflucht“ in einen Dunkel umgewandelt. (Geisterst.) Im neuesten Lieberbuch der Turner ist dieses Lied nicht mehr, dafür finden wir eine Anzahl anderer schöner Volkslieder. So steht darin, was Herrn Herchel interessieren dürfte, das Lied von Scheffel:

Die gerne wär' ich müßerhaft,
Der Pfarr' will mich nicht haben...

(Geisterst.) Sonderbar ist, wie man sich in seiner Literaturkritik ganz auf die Arbeiterturner beschränkt. Redner verliest mehrere Proben aus der „Deutschen Turnzeitung“, die nicht nur ständige Politik treibt, sondern in der rühmlichen Weise alles anzupreisen pflegt, was außerhalb der deutschen Turner steht. Sie sehen also, meine Herren, wie weit es auf Abwege führt, wenn man der Arbeiterturnerschaft städtische Einrichtungen verweigert. Nun hat der Herr Oberbürgermeister in der früheren Sitzung gesagt, mit der Förderung könnten wir auf keine Sympathie rechnen. Menschlich würde ich auf die Sympathie des Herrn Oberbürgermeisters sehr viel geben; aber wir sind nicht hier, um uns Sympathien zu erwerben, sondern um die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Wir verlangen volle Gleichberechtigung. Das Vorhaben gegen die Turner löst aber auch die geringste praktische Einsicht vernichten. Vor ein paar Jahren gab man eine städtische Turnhalle zu einer Ausstellung wegen des Nikolaus her. Man sollte sich freuen, wenn die jungen Leute durch das Turnen dem Alkohol entzogen werden. Alle diese Gesichtspunkte sind wert, derweil, los gebrüt zu werden und dann zweifellos nicht, daß Sie unserem Antrag zustimmen werden. (Bravo bei den Sozialisten.)

Bürgermeister Trentin: Dem Herrn Stadtkonzeptsdirektor Wolff möchte ich sagen, daß über die Konzeptsdirektion der Lehrer am besten an zuständiger Stelle gesprochen wird; hier läßt sich das nicht recht tun. Zu den Ausführungen des Herrn Landberg muß ich sagen, daß der Magistrat auch nach neuester Prüfung keine Turnhallen nicht hergeben kann für eine politische Partei. Ich bin überrascht, daß bestritten wird, die Freie Turnerschaft sei keine Veranstaltung der sozialdemokratischen Partei. Die Herren möchten doch sonst aus ihrem Herzen keine Würdiger und sagen offen, was Tatsache ist.

Stadtkonzeptsdirektor (Soz.): Ich muß auf einen Hinweis hinweisen. In die evangelische Schule Nr. 35 auf der Trinitatisstraße kam ich eines Tages, da konnte ich kaum die Hand vor den Augen sehen. Der Rektor sagte mir, daß dies auf das Auslaufen der Fette in der Volkshalle zurückzuführen ist, die im Keller des Schulhauses liegt. Ich muß doch bitten, daß hier recht bald eine Aenderung zum Bessern eintritt.

Stadtkonzeptsdirektor (lib.): In der Zeitung der freien Turnerschaft wird offen angegeben, daß sie eine Einrichtung der Sozialdemokratie ist. Gewiß, wenn der Turninspektor kommt, wird nicht in den Hallen geteilt. Aber sehen Sie sich nur die Zeitung der Arbeiterturner und das Lieberbuch an, dann haben Sie den Beweis für meine Behauptung. Die Kinder sollen von Jugend an zu zielbewußten Genossen erzogen werden. Sehen Sie deshalb den Antrag des Herrn Landberg ab. (Bravo!)

Stadtkonzeptsdirektor (Soz.): Herr Wohlfahrt sprach von der Frequenz. Wir sind da auf dem besten Wege nach unten und werden in einigen Jahren auf 50 Schülern angelangt sein. Gegenüber Herrn Wolff muß ich sagen, daß ich den Lehren nicht unfeindlich gegenüberstehe. Ich bin für jede Anweisung dankbar und prüfe alles genau. Es ist mir der Konzeptsdirektor gemeldet worden, daß ich für die Volkshalle die Vorarbeiten gemacht habe. Die Volkshallen sind nicht so gut, wie die Vorarbeiten. Wenn sie jenseit sind, werde ich die Aufhebung der Volkshallen beantragen.

Stadtkonzeptsdirektor (Soz.): Gegen das, was ich hier vorbrachte, sind Einwände gemacht erhoben worden. Wenn Herr Trentin sagt, die Haltung des Magistrats sei verwerflich mit den Entscheidungen der höchsten Gerichte, so habe ich doch auf Berlin verwiesen, wo die Freien Turner ungehindert weiter turnen können. Vielleicht löst mich Herr Trentin dieses Rätsel. Daß Herr Köplich gegen die Vergabe der Hallen an die Freien Turner ist, wundert mich nicht. Als Leiter der Deutschen Turnerschaft ist er daran interessiert und es wird sogar behauptet, daß er seine Hand zuerst mit am Messer gehabt hat. Für ihn wäre es besser gewesen, er hätte sich zurückgehalten. Redner verliest weitere Proben aus der „Deutschen Turnzeitung“, die seinerzeit kräftig gegen die Wahlrechtsdemonstrationen der Arbeiter gehetzt hat. Ich frage Herrn Köplich, ob das mit dem Turnbetrieb etwas zu tun hat. Es gab eine Zeit, wo auch die Arbeiter in der Deutschen Turnerschaft ihre Turngelegenheit suchten, aber man fing bald an, einen nach dem anderen auszuschließen. Wenn hier aufeinander auch wenig Interesse an der Sache vorhanden ist, so meine ich doch, daß einige hundert Arbeiter es verdienen, daß man auch auf sie Rücksicht nimmt.

Stadtkonzeptsdirektor (lib.): In der Frage der Volkshalle sehe ich auf dem Standpunkt des Herrn Schulrats, der es vollständig für besser hält, die Kinder in die Volkshalle zu schicken. Herr Gatz hat mit Recht gesagt, wenn wir die Volkshalle so ausgekallt haben, daß sie allen Anprüchen genügt, dann können wir die Volkshalle befestigen. Zum Antrag des Herrn Landberg bemere ich, daß Herr Oberbürgermeister nicht da ist, mit dem wir die Auseinandersetzung führen können. Ich habe das Arbeitsbuch gelesen und muß sagen, daß ich darin nichts Anstößiges fand. Ueber die Jugendpflege kann man sehr verschiedene Meinungen sein; ich fürchte fast, daß es nicht möglich ist, sie ganz abgerichtet von jedem Parteipunkt zu behandeln. Das eine ist sicher, daß man die Jugendpflege treiben muß, und da erscheint es mir nicht recht einseitig, die jungen Leute aus den Hallen hinaus und in die Kneipen hineinzutreiben. Ich liebe die sozialdemokratischen Turnvereine so wenig, wie die evangelischen, katholischen und jüdischen. Aber das, was heute oft vielfach parteilich sein will, ist doch in den meisten Fällen nicht parteilich. Auch die Sozialdemokratie will ich so lange in den Turnhallen dulden, als sie keine Politik treiben. (Stadtkonzeptsdirektor: Herr Herchel! Herr!) Und in Berlin ist die Sache auch gegangen. Im Interesse der Bürger liegt es, daß die Jugend in den Hallen turnen darf und darum werde ich für den Antrag Landberg stimmen. (Bravo!)

Der sozialdemokratische Antrag auf Freigabe der Turnhallen für die Arbeiterturner wurde hierauf mit knapper Mehrheit abgelehnt und der Sozialdemokratie vorläufig festgesetzt.

Beim Etat der Beamtenbefolgungen

auserte der Referent, Stadtkonzeptsdirektor, Dr. Milch (lib.), Bedenken gegen das überraschende Anwachsen des Beamtenkörpers der Stadt. Allein bei der Allgemeinen Verwaltung ist die Zahl der Beamten in einem Jahre um etwa 100 gewachsen. Um dem weiteren raschen Anwachsen zu steuern, müssen die technischen Errungen schaften mehr berücksichtigt werden. So ließe sich das Schreibwerk durch Benutzung von Fernschreibern verringern. Anstatt bei jeder Verfügung die Akten wandern zu lassen, könnten Schreibmaschinen-Durchschläge verschickt werden. In einzelnen Büreaus werde zweifelslos mit Fleiß gearbeitet, in anderen herrsche dagegen eine gewisse Beleglosigkeit. Durch Umstellung von Revision sei hier Wandel zu schaffen. Die englische Tischzeitung hält Redner für eine verfehlte Einrichtung und ebenso müsse man die bezahlten Liebesstunden als einen Liebesstand ansehen. Für dieses Jahr sei an dem alten nichts zu ändern, die vorgetragenen Wünsche sollten aber im nächsten Jahre berücksichtigt werden. Bürgermeister Trentin hält die Fernschreibern für kein so großes Allheilmittel. Im et a en u Desernat vertriehen die Beamten keine bezahlten Liebesstunden. Diese würden von allen Beamten der Stadt nur an den Stellen geleistet, wo plötzlich große Arbeiten sich häufen, etwa bei der Steuer. Die englische Tischzeitung oder die „durchgehende Arbeitszeit“ wird vom Bürgermeister verteidigt. Die Beamten seien außer ihrem Dienst auch durch eine große Zahl von Sitzungen belastet. Im großen und ganzen müsse gesagt werden, daß die Beamten bei der Stadt framm arbeiten.

Der Etat wurde hierauf vorläufig festgesetzt.

Der Ankauf eines Grundstücks an der Fehrbellinstraße für 175.000 Mark zur Errichtung eines Neubaus für die vierte Realschule, die früher zu einer Oberrealschule ausgebaut werden soll, wurde genehmigt. Dem Ankauf von Lohewiesen bei Gräbichen für 37.755 M. dagegen stimmte die Versammlung nur unter der Bedingung zu, daß der Preis für den Morgen von 2000 auf 1500 M. herabgesetzt wird.

Der Ankauf von 20 Motorwagen und 40 Anhänger für die Straßenbahn, die etwa 526.200 Mark kosten, stimmte die Versammlung gleichfalls zu.

In dem zu errichtenden Neubau Junkerstraße 28-40 wird das dritte Stockwerk für 11.000 M. jährlich gemietet. Die Räume sollen der kaufmännischen Fortbildungsschule und der Handelsvorschule dienen.

Eine lange Debatte entzündete sich vor ziemlich unaufrichtigem Hause über den neuen Tarif für die Lieferung von elektrischem Strom, bis schließlich Stadtkonzeptsdirektor, Dr. Dujakowski die Beschlußfähigkeit angezweifelte. Bei der Auszählung stellte sich die Beschlußfähigkeit heraus und wurde die Sitzung deshalb um 7 1/2 Uhr geschlossen.

Da der Etat noch unrettig ist, findet bereits am Montag die nächste Sitzung statt.

Aus dem Landreise.

Die Stichwahl am Ostersonntag.

Die Gemeindevorwahl in Marschwerk am Ostersonntag hat uns, wie bereits gemeldet, einen schönen Sieg gebracht. Schon lange vor Beginn hatten sich die Arbeiter zahlreich eingezunden, obwohl sie zu ungunstiger Zeit, um 3 Uhr nachmittags, bestellt waren. In den Wahllokalen wurden die Genossen Strecker und Dubele gewählt. Bei der Abstimmung für die dritte Klasse erhielt unser Genosse Ernst Somart 29 Stimmen, Genosse Gimmeler 2 Stimmen und der Schiedsrichter Ragule ganze 3 Stimmen.

In der zweiten Klasse war die Abstimmung recht sonderbar. Auch hier hatten die Genossen einen Kandidaten aufgestellt und waren sehr fleißig in der Agitation für ihn gewesen; sie gewannen auch einige Parteistimmen. Als nun Genosse Sowart eine solche Stimme abgeben wollte, erklärte der Gemeindevorsteher: „Das gibt es nicht, die ist ungültig, die muß vorher abgelaubt sein.“

Um die Haltung des Vorstehers richtig zu verstehen, muß man wissen, daß er sich selbst die größte Mühe gegeben hatte, Parteistimmen zu bekommen, aber trotz seiner hundertfachen Bemühungen waren die Wähler im Wahllokal, das je dem Genossen Schwarz gegeben haben, treu geblieben. Der Wahlvorstand erklärte dem Gemeindevorsteher, daß diese Stimmen gültig sind. Unser Genosse Gimmeler erhielt 5 Stimmen, der Maurerpolster Stanke 3 und Herr Ragule 1 Stimme. Es ist also eine Stichwahl zwischen Gimmeler und Stanke notwendig. Es ist noch zu bemerken, daß sich Herr Stanke nicht einmal selber wählte; hoffentlich gibt er bei der Stichwahl seinem Kollegen Gimmeler die Stimme.

In der ersten Klasse wurde Herr Gutsbert Walter Leuschner mit 2 Stimmen gewählt.

Eine bemerkenswerte Ausprägung gab es bei der Festsetzung des Stichwahltermins für die zweite Abteilung. Der Wahlvorstand muß diesen Termin ansetzen; die beiden Vorsteher empfahlen als den geeignetsten Tag Sonntag, den 7. April. Der Gemeindevorsteher aber erklärte: „Das gibt es nicht, Sonntag wird nicht gewählt.“ Unsere beiden Genossen im Wahlvorstand beschloßen nun, die Wahl ist am zweiten Ostersonntag, nachmittags 2 Uhr, anzusetzen. Doch auch dieser Tag paßte dem Vorsteher nicht, denn er meinte: „Das werde ich mir erst überlegen, ob ich die Wahl an diesem Tage abhalte.“ Den Genossen von Marschwerk können wir nur sagen, richtet sich der Gemeindevorsteher nicht nach § 62 der Landgemeindeordnung und jetzt die Stichwahl, entgegen dem Beschlusse des Wahlvorstandes, nicht am zweiten Ostersonntag, nachmittags 2 Uhr, an, dann geht keiner zur Wahl, auch nicht der Wahlvorstand, und die Wahl ist ungültig. Wir wollen dem Herrn Vorsteher beweisen, daß er die Beschlüsse des Wahlvorstandes beachten muß.

Nur ein Weisiger.

Auch im kleinen Reguina O. gab es kürzlich eine ungültige Gemeindevorwahl. Der Herr Gemeindevorsteher erklärte dem klaren Wortlaut des § 60 der Landgemeindeordnung: „Es ist nur ein Weisiger in den Wahllokalen zu wählen“, was auch wirklich geschah. Der zweite Weisiger wurde vom Vorsteher ernannt; es war der Schöffling. Da bei der Hauptwahl keiner der Kandidaten der Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte, war eine Stichwahl nötig.

Unser Genosse Oswald Wenzel erhielt 16 Stimmen, der Stellenbesitzer Wiesner 23; dieser war damit gewählt. Die Wahl wird aber als ungültig erklärt werden, so daß die Weisiger noch einmal zu entscheiden haben, wer sie im Vorparlament vertreten soll. Die Arbeiter werden alles tun, um endlich einem Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen. Gerade in unserem Dorfe haben wir Leute dringend nötig, die sich nicht scheuen, die zahlreichen Mißstände öffentlich zu behandeln.

Eine ungültige Gemeindevorwahl. In Woldschmieden wurde am 28. März die Ergänzungswahl vorgenommen; aber es war auch eine Ersatzwahl für die dritte Klasse nötig. In der ursprünglichen Bekanntmachung stand davon allerdings kein Wort. Das genügt schon, die Wahl als ungültig zu erklären. Außerdem wurde die Ergänzungswahl und die Ersatzwahl in einem Wahlgange vorgenommen, ohne daß man dabei näher bezeichnete wer als Vorgesetzter oder zur Ergänzung gewählt ist. Auch dieser Grund ist ausreichend, um die Wahl unzulässig zu machen. Also wird man in kurzer Zeit von neuem wählen müssen. Bei dieser Wahl konnte man wieder so recht beobachten, wie unheimlich schädlich die öffentliche Stimmabgabe ist. Bei der Reichstagswahl erhielt Genosse Schölich 59 Stimmen, aber jetzt bei der Gemeindevorwahl mußten sich die Arbeiter der Gemischten Fabrik fürchten, denn der ganze Beamtenstab vom Direktor bis zum Aufseher war zur Stelle. Unsere Kandidaten, die Genossen Paul Sowart und Paul Winter erhielten deshalb auch nur je 7 Stimmen, während die Gegner 65 auf sich vereinigten. Das nennt man freie Wahl! Hier kann allein die Organisation helfen. Alle Arbeiter müssen gemeinschaftlich und politisch stark organisiert sein; dann ist auch die schärfste Aufsicht der Unternehmer bei der Wahl umsonst; alle Arbeiter können nicht gemahnt werden.

Technik und Arbeiterbewegung.

Am letzten Abend in dem Vortragskursus des Genossen Richard Wolf wird die Bedeutung der Technik für das moderne Wirtschaftsleben und den Kampf der Arbeiter um den technischen Fortschritt behandelt. Es ist also wünschenswert, daß sich die Genossen zu dem heute Freitag abend stattfindenden letzten Vortrag vollständig einstellen. Einzelkarten sind noch zu haben.

Zum Streit der Expeditions- und Möbeltransportarbeiter

wird uns geschrieben: Die Lohnbewegung der Expeditions- und Möbeltransportarbeiter hat, wie bereits kurz berichtet, ihr Ende erreicht. Der Kampf, der auf beiden Seiten hart geführt wurde, hat wegen der Verschiedenartigkeit der Betriebe nicht entfernt das gebracht, was gefordert wurde, jedoch haben die Arbeitgeber eine weitere Regelung der Wünsche ehrenwörtlich zugesagt, sobald die neuen Abschlüsse der Verträge bestimmt. Dann sollen die entsprechenden Verhandlungen angebahnt werden. Durch Verhandlungen wurde der Kampf friedlich beigelegt. Es haben sich sämtliche Arbeitgeber einem gemeinsamen Beschluß beider Vereinigungen angeschlossen, daß jedem seit Angestellten eine wöchentliche Zulage von 1,50 Mk. gezahlt wird und den Hilfsarbeitern täglich 5 Pf., vom 25. bis 5. eines jeden Quartals 5,50 Mk. bezahlt werden. Die Zulagen betragen demnach für diese Gruppe 3 bis 8 Mk. wöchentlich.

Wenn es bei der diesjährigen Bewegung zur schärfsten Waffe, dem Streit, gekommen ist, so wird es den Unternehmern einleuchten, daß durch friedliche Verhandlungen solche Fälle in Zukunft vermieden werden können.

Um den Kollegen aber wird es liegen, das bisher auf friedlichem Wege Erreichte auch festzusetzen. Die noch fraglichen Punkte zur beiderseitigen Zustimmung zu regeln, muß unsere weitere Aufgabe sein. Dazu bedarf es aber der unbedingten Einigkeit der Berufscollegen.

Die Unternehmern sind nach einem Beschluß des Arbeitgeber-Verbandes verpflichtet, nicht mit der Organisation der Arbeiter zu verhandeln. Wir müssen deshalb unsere Organisation so stärken, daß auch in Breslau, genau so wie in den meisten anderen Städten, von Organisation zu Organisation verhandelt wird, um zu Tarifabschlüssen zu kommen. Es gab bei dieser Bewegung keine Sieger und keine Besiegten. Hoffen wir, daß wir in Zukunft zur Arbeitsniederlegung nicht mehr greifen brauchen und ein gemeinsamer Tarifabschluß recht bald zustande kommt, der nur zum Segen beider Parteien wirken kann.

Am der Bewegung waren im ganzen 630 Personen beteiligt. Davon waren organisiert im Verband der Arbeiter 96, der Fabrikarbeiter 12, Metallarbeiter 12, Brauer und Holzarbeiter je 4, Schuhmacher und Steinseiler je 1, Transportarbeiter 485; unorganisiert waren 15 Auszubildende.

Die „politische“ Dienstbotenversammlung.

In einer Versammlung der Hausangestellten am 26. Dezember 1911 im „Cafe Restaurant“ sprach Genossin Ida Baar aus Berlin über die Frage: „Wo finden die Dienstboten Recht und Schutz?“ Der Leiter und Veranstalter der Versammlung, Genosse Wittig, bekam einen polizeilichen Strafbefehl über 10 Mark wegen „Veranstaltung einer öffentlichen politischen Versammlung“, die nicht angemeldet war. Die Polizei kam hinter die „Politik“, weil in der Versammlung ein Flugblatt verteilt wurde, worin gesagt war, es wäre besser, wenn die Dienstboten der Gewerbeordnung und nicht der alten Gefindeordnung unterständen. Die Rednerin beschäftigte sich zwar auch mit der Gefindeordnung, betonte aber ausdrücklich, daß von der Gefindeordnung darin vorläufig nicht viel zu erhoffen sei. Es gilt, aus eigener Kraft bessere Arbeitsbedingungen auch für die Dienstmädchen zu erkämpfen. In diesen Ausführungen der Genossin Baar lag gewiß kein Einfluß auf den Staat, seine Gesetzgebung und Verwaltung. Trotzdem erklärte das Schöffengericht die Versammlung als „politisch“ und befähigte den Strafbefehl. Gegen dieses Urteil legte Genosse Wittig Berufung ein, die aber verworfen wurde. Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Hlenc, bemerkte in der Urteilsbegründung: „Schon aus dem Flugblatt, das in der Versammlung verteilt wurde, geht der Zweck der Versammlung deutlich hervor.“ Es will uns nicht einleuchten, was denn das Flugblatt eigentlich mit den Ausführungen der Genossin Baar zu tun hat! Nach dem Stenogramm des überwachenden Schutzmanns war der Vortrag in der Hauptsache gewerkschaftlich und wenn die Abschaffung der Gefindeordnung nebenher erwähnt wurde, so war doch die Versammlung deshalb noch lange nicht politisch. Das Urteil wird weiter angefochten.

Wegen Soldatenmishandlung hatte sich der Unteroffizier Arthur Strecker in Breslau vom Infanterie-Regiment Nr. 51 vor dem Kriegsgericht zu verantworten. Der Angeklagte ist ein blutjunger Unteroffizier, hat erst seit 1. Oktober 1911 die Treiben und ist bisher unbestraft. Er wird beschuldigt, den Musikleiter Th. Wissing vorläufiglich mishandelt zu haben. Am 20. Februar schloß Wissing schlecht auf dem Schießstand. Der Unteroffizier bezeichnete ihn als schlapp, fragte warum er so schlecht schieße und ihn zurufen: „Scheren Sie sich weg, Sie gemetener Mensch, verheere er ihm einen Fuhrtritt.“ Am anderen Tag, dem 21. Februar, war Wissing beim Zusammenstoßen der Mannschaften zum Dienst als Lehler noch nicht da. Der Unteroffizier suchte ihn auf der Straße und stieß ihn ins Gesicht für hinaus. Am dritten Tage, dem 22. Februar, war Wissing früh wieder langsam beim Stubendienst. Der Unteroffizier rief ihn an und gab ihm drei Kopfnüsse. Der Gemisshandelte gab an, er habe jebeimal etwas Schmerzen gehabt; der Unteroffizier will nicht schillern ausgefaßt haben! Nach der dritten Mishandlung erst beschwerte sich der Mann. Der Feldwebel Sahm besenat, Strecker gebe sich Mühe, seine Korporalchaft gut in Schutz zu halten. Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Dr. Röbler, beantragt drei Wochen Mittelarrest, der Verteidiger, ein Offizier, sah in dem Verhalten des Unteroffiziers „nur einen ungesundeten Ehrgeiz“ und beantragt drei Tage gelinden Arrest, auf die auch das Gericht erkannte.

Ortskrankenkaassen-Verband. Am Donnerstag wurde im Vaciler Garten die Wahl der Vertreter und des Vorstandes vorgenommen. Der Vorstand, die Herren Wittke, Kerschmer und Urmann wurde wiedergewählt, in die Vertrauenskommission die Herren Kleemann, Scholtz und Fielhauer. Nach der Wahl wurde eine ordentliche Sitzung abgehalten. Die Jahrgänge des Verbandes verlangten eine Erhöhung der Gebühren und zwar von 6 auf 12 Pf. pro Mitglied und Jahr, das sind 10 Prozent. Dagegen aber auch eine Zulage für Jahnerhalt und für die Plomber. Es wurde einstimmig beschlossen, den Satz von 6 auf 9 Pf. Jahnerhalt auf 8 Mk. und Wurzelschilung 50 Pf. pro Jahr zu gewähren. Die Kaufmännische Krankenkasse teilt mit, daß sie es ablehne, die von dem Verbande erworbene Badeanstalt des Dr. Sachs mitzubewohnen.

Das Lesezimmer der Handwerkskammer erfreut sich eines ständig steigenden Besuchs. Die namentlich reichhaltige Sammlung von Fachzeitschriften wird von den Lesern oft erbeten, außerdem aber die zur Vorbereitung für die Gesellen- und Meisterprüfung dienenden Bücher, die in großer Auswahl vorhanden sind und auch für einige Wochen entliehen werden können. Wegen eines Umbaus im Hause der Handwerkskammer muß das Lesezimmer vom 1. bis 9. April in den Abendstunden geschlossen bleiben.

Die Zeitkassen der Rößischen Straßenbahn werden vom 1. April an nur im Bahnhof der Straßenbahn, Steinstraße 71/78, ausgegeben. Näheres im Anzeigenteil.

Breslauer Stadtverbindungsbahn. Im diesjährigen Eisenbahnanleihegesetz, das dem Landtage im Entwurf zugegangen ist, werden für den Bau der Stadtverbindungsbahn 6.660.000 Mk. gefordert.

Herr Prediger Tschin von der hiesigen freireligiösen Gemeinde wird am Karfreitag im Saale des Gewerkschaftshauses einen Vortrag halten.

Der nächste Sonntag ist geschäftsfrei, weil er der letzte vor Ostern ist; die Läden können von 7 bis 9 Uhr vormittags und von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends offen stehen. Wir eruchen aber unsere Leser, ihre Einkäufe nicht Sonntags, sondern Wochentags zu besorgen, damit die Handlungsgestellten nicht unnötig geplagt werden.

Humboldtverein für Volkshilf. Als Vorstellung für Kinderbarmittel wird Sonnabend, den 13. April, abends 7 1/2 Uhr, im Thalia-Theater Stein und Walter's Frisches Lustspiel „Die Herren Eöhne“ aufgeführt. Annahmungen auf Eintrittskarten sind nur schriftlich an Herrn Bernhard, VII, Sadowastrasse 60, hpt., zu richten, bei dem die Karten Freitag, den 12. April, vormittags von 10 bis 1 Uhr (nur zu dieser Zeit) ausgegeben werden. Nur Kinderbarmittel werden berücksichtigt.

Ein neues Lichtspiel-Theater. Der Zirkus Busch am Quisenplatz ist in den letzten Wochen zu einem inpopulanten Lichtspiel-Theater hergerichtet worden. Die Eröffnungsvorstellung findet am Sonnabend, den 30. März, statt. Breslauer neuestes Lichtspiel-Theater ist sowohl mit seinen 350 Plätzen, als auch in Bezug auf die 7 Meter übersteigende Größe des gezeigten Bildleibes und mit 35 Meter Spannweite vom Objekt bis zum Auffangschirm das größte in Mitteleuropa. Die technische Einrichtung geschah durch die Internationale Kinematographen-Gesellschaft Breslau, Scharowski u. Co., in deren Händen auch die Vorführung des Programmes liegt.

Henry Bender beschließt am Sonntag abend sein Gastspiel in Liebichs-Casino. Er hat die 4 Wochen seines hiesigen Aufenthaltes benutzt, um fleißig für seine neue große Breslauer Revue die am 1. Juni und zwar diesmal in Liebichs-Casino unter dem ornativen Titel „Es tut sich was“, in Szene geht, vorzubereiten. Die Revue wird diese Revue alles bisher Dagewesene weit in den Schatten stellen. Von den 6 Bildern seien hier nur vorläufig zwei erwähnt und zwar der Zauberer und der Museumsplatz, die im Genre der vorjährigen Kniebrücke ganz Original und plastisch auf die Bühne gebracht werden.

Abend für Gabel! Heute Freitag, den 29. März, Benefiz- und Ehren-Abend im Victoria-Theater für den beliebten Komiker Leonhardy Döfel. Zur Aufführung gelangt zum ersten Male die Burleske „Freund Löwe“, Pastische beste Rolle. Außerdem gelangt der Hofmann'sche Schwan „Ein merkwürdiger Fall“ zur einmaligen Aufführung. Im Spezialprogramm: Lily Verdier, Sautouy u. Pierrot, Fritz Brand und Mac Sovereign. Morgen Sonnabend und Sonntag: „Freund Löwe“ und „Dannemann und seine Tochter“ mit Leonhardy Döfel. Anfang präzis 8 Uhr. Wie bereits bekannt ist, beginnt am Montag, den 1. April, das Ensemble vom königlichen Belvedere Dresden ein kurzes Gastspiel mit der aktuellen Revue „So leben wir“.

Die gesamte Stadt-Auflage enthält eine Beilage über Milka extra, Tafel-Margarine, worauf wir besonders hinweisen.

Hühnerdiebe. Der hiesigen 3. Strafkammer wurden die Arbeitsmüden Tschich und Hartwig aus der Unterbringungshaft wegen schweren Diebstahls vorgeführt. Sie erbrachten Anfang dieses Jahres zur Nachtzeit einen Hühnerstall in Kleinburg und stahlen daraus mehrere Hühner, die an Ort und Stelle geschlachtet wurden. Am nächsten Tage schlugen die jugendlichen Hühnerdiebe ihre Beute in der Marktstraße auf der Gartenstraße an einen Händler los, der an den rechtmäßigen Besitz der Hühner glaubte und sie gut bezahlte. Der Diebstahl kam aber bald ans Tageslicht und Tschich und Hartwig wurden verhaftet. Da sie dem Händler vorauskunft hatten, die Hühner stammen von dem Bruder Hartwig, der einen Hühnerverkauf betriebe, wurden sie auch wegen Betruges bestraft. Das Gericht verhängte über die Angeklagten je vier Monate Gefängnis.

Schlösser aufgebrochen wurde am Mittwoch an der Barbarastrasse der Arbeiter Hermann Springer von der Rosenstraße. Er wurde in das Allerheiligenhospital geschafft, wo man ihn schweren Krampfanfall feststellte.

Leibnizorden wurde heute früh um 8 Uhr wurde auf der Fortendstraße ein Arbeiter Dajowski bewußlos aufgefunden. Man schaffte ihn nach dem Allerheiligen-Hospital, wo festgestellt wurde, daß der Mann Salzsäure getrunken hatte.

Erhängt hat sich am Donnerstag der 24 Jahre alte Arbeiter L., der bei seinen Eltern auf der Dreilindengasse wohnte. Er litt schon seit längerer Zeit an Schwermut.

Wählertod. Am Donnerstag wurde eine Wachs-frau von der Friedrich-Wilhelmstraße 52, die Gabisstraße 31 beschäftigt war, vor der Arbeitgeberin am Waschkücheltod aufgefunden. Ein Arzt stellte Tod infolge Hirnschlag fest.

Umverahren und von den Pferden getreten wurde am Donnerstag 1 Uhr mittags auf der Hohenjollerstraße, Ecke Viktoriastraße, der Schlosser Gustav Weide von der Leubnerstraße, der mit seinem Rade gefahren kam. Er erlitt Verletzungen am Hinterkopf, an den Händen und Klage auch über große innere Schmerzen. Ein Krankenwagen schaffte ihn nach dem Wenzel-Sande-Krankenhaus. Es handelte sich um einen Bierwagen der Brauerei Daale.

Ueberfahren und schwer verletzt wurde am Donnerstag vormittags 7 1/2 Uhr vor dem Grundstück Reuterstraße 39 der Radfahrer Richard Schwundt durch einen Wagen der Schulheiß-Brauerei. Ein Rad ging ihm über den linken Fuß und stieß eine Knöchelbruch herbei. Der Verletzte wurde mittels Krankenwagens in das Augustus-Hospital geschafft. Auf der Neuen Schweidnitzerstraße wurde ein Fräulein Erna Trentler von der Franziskanerstraße durch einen Radfahrer, der einer vorrücksichtslos auf der linken Seite fahrenden Droßsche ausweichen mußte, umgerissen und sodann von der Droßsche überfahren. Die Räder gingen ihr über beide Beine und verursachten erhebliche Verletzungen.

Gefunden wurden zwei Portemonnoies mit Inhalt, ein Schlüsselbund, eine Kralle, ein Halsband, eine silberne Brosche, ein Hundemaulkorb, ein goldener Mantelknopf und eine Wille mit Adelskennung. Zu erfragen im Fundbureau des Polizeipräsidiums.

Schmölz. Bei der Gemeindevorwahl am 27. März ist der bisherige Vertreter in der dritten Abteilung, Hiesener Paul Ritter mit 28 Stimmen wiedergewählt worden; sein Gegner bekam 6 Stimmen. Wir können mit der Wahl zufrieden sein.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Stadt Bresl. Ortsteil	27. März	28. März	29. März
d. i. d. G. + 30 Min.	Min. 21,5	Min. 21,5	Min. 21,5
Austrahlung (C)	+18,5	+14,0	+6,7
Strahlung (mm) 0,0	749,1	744,7	746,0
Windrichtung (W)	7,7	7,4	8,0
Windstärke (W)	4,9	6,5	7,5
Wind (0-10)	SW 4	SW 4	SW 4
Wetter	wolkig	bedeckt	better

*) Für Reduktion auf Meeressniveau sind 13,1 mm hinzuzufügen.

Neueste Nachrichten.

Ein Zentrumsumfall fällig

(Siehe „Vol. Ueberblick“.)

Berlin, 29. März. Wie die „Tägliche Rundschau“ mitteilt, sind Bemühungen im Gange, um bis zur dritten Lesung eine „Verständigung“ über die Ostmarkenzulage herbeizuführen. Wie es heißt, soll im Zentrum Neigung dafür vorhanden sein, diese Vorlage zu bewilligen, wenn sie ihres ostmärktischen Charakters entleidet (?) würde. Das Zentrum will, daß nicht nur im Osten des Reiches, sondern überall den mittleren und unteren Beamten in den sprachlich gemischten Gegenden des ganzen deutschen Reiches solche Zulagen gewährt werden. Wahrscheinlich wird nun von liberaler Seite in diesem Sinne dem Zentrum ein Vermittlungsvorschlag gemacht werden.

Das Zentrum will den Korruptionsfonds also verschlimmern und vergrößern.

Die Wehrevorlagen in der Bundesratsitzung.

Berlin, 29. März. In der gestrigen Sitzung des deutschen Bundesrates erteilte dieser den Wehrevorlagen, das heißt dem Entwurf eines Gesetzes zur Verringerung des Reichsmilitärgesetzes und dem Entwurf einer Novelle zu den Gesetzen betreffend die deutsche Flotte vom 14. Juni 1900 und 5. Juni 1908 seine Zustimmung.

Zum Kampf der Bergleute.

London, 29. März. Das englische Oberhaus hat die Mindestlohn-Bill in der dritten Lesung ohne jegliche Zusatzanträge angenommen. Die Debatte hierüber in der gestrigen Sitzung war sehr kurz. Heute schon wird die Mindestlohn-Bill die Zustimmung des Königs erhalten.

New York, 29. März. Der Grubenarbeiterausstand ist für nächsten Montag beschloffen worden. Die Unterhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Delegierten der Arbeiter haben zu keinem Resultat geführt. Der Verbandsoorleiter der syndizierten Grubenarbeiter teilt mit, daß 350.000 Bergleute die Arbeit einstellen werden. Alle Anthrazitkohlengruben werden geschlossen und nur wenig Bergwerke können ihren Betrieb aufrecht erhalten. Auch das Syndikat der Eisenbahnarbeiter und das der Eisenbahnmechaniker kündigt an, daß demnächst der Ausstand für diese Arbeiterkategorien der Ausstand proklamiert werden wird.

Tom Mann aus der Haft entlassen.

London, 29. März. Das Gericht hat die Entlassung des Arbeiterführers Tom Mann aus der Haft genehmigt, nachdem es eine schriftliche Bürgschaft dafür erhalten hatte, daß der Angeklagte, solange das Verfahren gegen ihn schwebt, seine die Soldaten zur Meuterei aufreizenden Erklärungen nicht wiederholen würde.

Das Frauenwahlrecht abgelehnt.

London, 29. März. Im Unterhaus wurde der Gesetzentwurf über das Frauenstimmrecht mit 222 gegen 208 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis der Abstimmung rief allgemeine Ueberregung hervor und wurde von den Gegnern des Frauenstimmrechts mit ungeheurem Jubel begrüßt. Der Premierminister Asquith und Harcourt stimmten gegen das Gesetz, Lloyd George und Grey stimmten dafür.

Ein kritischer Tag erster Ordnung.

Wien, 29. März. Ein bürokratisches Telegraphenbureau melbet: Im österreichischen Abgeordnetenhaus kam es gestern wieder einmal zu wüsten Tumulten, die die vorzeitige Schließung der Sitzung veranlaßten. Der sozialistische Abg. Ellenbogen rief dem deutsch-nationalen Abg. Sipka zu, er sei ein ehrloser Schurke und ein gemeiner Gauner. Darauf stürzten sich mehrere deutsch-nationale Abgeordnete auf den Sozialisten Ellenbogen und es kam im Handumdrehen zu einer großen allgemeinen Prügelei, in der der Abgeordnete Seidl von dem Sozialisten Jockl tödlich angegriffen wurde. Beide prügelten sich mit den Fäusten. Der Präsident des Abgeordnetenhauses schloß die Sitzung während des allgemeinen Tumultes, der nach Schluß der Sitzung noch lange weiter fort tobte.

Bonapartisten gegen Royalisten.

Paris, 29. März. Gestern abend drangen während einer kinematographischen Vorstellung, die von der Bonapartistischen Partei veranstaltet worden war, etwa 300 Royalisten in den Saal. Mit Stöcken und Gummischläuchen bewaffnet drangen sie auf ihre Gegner ein und es kam zu einem regelrechten Kampfe. Nur mit Mühe gelang es der Polizei, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Zehn Polizeigenossen sind hierbei ziemlich erheblich verletzt worden, ebenso mehrere Mitglieder der bonapartistischen Partei. Wundheil-Verhandlungen wurden vorgenommen. Sämtliche Inhaftierte gehören der Aristokratie an.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 29. März:
Vortrags-Kursus im großen Saale.
General-Krankenkasse der Zimmerer. Versammlung im Zimmer 1.
Sonnabend, den 30. März:
Buchbinder-Verband. Versammlung im Zimmer 1.
Vorstellungsbearbeiter-Verband. Versammlung im Zimmer 3.
Gärtner-Verband. Versammlung im Zimmer 5.
Cyperanto-Versammlung im Zimmer 6.
Sonntag, den 31. März:
Dreher und Maschinenarbeiter. Versammlung vormittags 10 Uhr im großen Saal.
Freireligiöse Gemeinde. Jugendweihe im großen Saal.
Gau-Konferenz der Holzarbeiter. Vormittags 9 Uhr im Zimmer 2.

Montag, den 1. April:
Tabakarbeiter und Sortierer. Versammlung abends 8 Uhr im großen Saal.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.

Landdistrikt 10, Bezirk Gräbichen und Opperau. Montag, den 1. April, abends 8 Uhr bei Knoll in Gräbichen außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die Verhältnisse im Distrikt 10. 2. Vortrag des Genossen Erwig. 3. Unsere Waffener. 4. Verschiedenes.

Landdistrikt 11/12, Bezirk Gartlieb, Arienren, Altkendorf. Sonntag vormittags. Agitation für die Volkswacht und den Sozialdemokratischen Verein. Die bestimmten Genossen erhalten das Material Sonnabend mit der Zeitung. Keiner fehle. Der Distriktsführer.

Landdistrikt 16. Sonnabend, den 30. März, abends 8 Uhr werden in folgenden Lokalen unsere Jahlabende veranstaltet und die Genossen ersucht, dieses zu beachten.
Bezirk 1 bei Weib (Hoffnung) Stabellmisch.
" 2 " Gohly.
" 3 " Böhld in Herrnpotisch.
" 4 " Gramsch in Marschowitz.

In Herrnpotisch ist außerdem die Wahl eines Bezirksführers. Der Distriktsführer.

Landdistrikt 18. Sonnabend, den 30. März, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Kornegly in Raibren. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Bericht von der Gemeindevorstandersitzung. 3. Verschiedenes.

Deutscher Reichstag.

37. Sitzung, Donnerstag, den 28. März, vormittags 10 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Kühn, Kraetke.
Der Bundesvertrag mit Bulgarien wird in 3. Lesung eingebracht, ebenso das Statutgesetz.
Dann wird die 2. Beratung des Postgesetzes

fortgesetzt.

Angenommen werden folgende Resolutionen:

1. die der Nationalliberalen und der Volkspartei, den Dienst nach 8 Uhr abends, und an Sonn- und Festtagen 11 Uhr zu rechnen (gegen die Stimmen der Rechten und des Zentrums);

2. die der linken Partei, den Erholungsurlaub der Angestellten angemessen zu erweitern; und schließlich die Resolution der Sozialisten, die einschlägigen Post- und Telegraphenbeamten denen der Reichseisenbahnen in Bezug auf die Gewährung nicht pensionsfähiger Zuschüsse gleichzustellen.

Dem Titel „Oberpostdirektion“ bringt Abg. Kunert Vorschläge bei den Staatsverordnungen in Halle zur Sprache.

Dort wurde ein starker Terrorismus von den bürgerlichen Parteien ausgeübt. Der Beamte verkauft seine Arbeitskraft an den Staat, nicht aber seine Persönlichkeit, sein Innenleben, das seine ureigentliche Sache bleibt. Wer die ökonomische Herrschaft des Staates benutzt, um der Beamten zu schaden, seine wahre Meinung zu verheimlichen, berechtigt ihn ein Verbrechen. (Zeh. v. W. v. den Sozialdemokraten.) Bei den Wiederholungen dieser Dinge muß man geradezu von Gewohnheitsverbrechen sprechen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Fall in Halle ist nicht vereinzelte. 1910 sind in Dörfel 12 Beamte verlegt worden, weil sie einen polnischen Kandidaten bewilligt hatten. Der Ministerpräsident, aber auch der Staatssekretär und der Reichsfänger sind die Urheber des unerhörten Verdicts, der auf das gesamte Beamtentum ausgeübt wird.

Vizepräsident Paasche: Der Reichsfänger gehört nicht zum Titel Oberpostdirektion.

Abg. Kunert (fortfahrend): Die postalischen Behörden haben auch den Beamten das Koalitionsrecht genommen. Ich bin ja nicht Optimist genug zu glauben, daß d. r. Staatssekretär etwas gegen diese Vorgänge tun wird. Wir haben aber die Pflicht, die Unabhängigkeit der Beamten hochzuhalten und solche Fortschritte auf das energischste zu mißbilligen. (Bravo! bei den Soz.)

Unterstaatssekretär Granzow: Die Mitteilung war der betreffende Oberpostdirektion als ein Vorwurf gegen die Beamten zu verstehen. Sie sollte carum scire, ob dies wahr sei und welche eine Verurteilung. (Abg. Lebebour (Soz.): Das geht Sie gar nichts an, das ist eine Unverschämtheit! — Vizepräsident Paasche ruft ihn zur Ordnung.) Ist denn das ein Verbrechen? Die Oberpostdirektion war bemüht, diesen Vorwurf zu entkräften. (Lebh. Zurufe bei den Soz.: es ist kein Vorwurf!)

Abg. Graf v. Praschna (Zentr.): Die Einrichtung der Brieftelegrame auch auf kleinere Postämter auszudehnen.

Staatssekretär Kräfte: Brieftelegrame sind vorläufig nur vorzuschreiben einausführlich.

Abg. Dr. Weill (Soz.): Die nachgeordneten Behörden gehen in ihrem Eifer doch etwas sehr weit. Ein Fall in Meß übertrifft noch den von Abg. Kühnert vorgebrachten und die geführten Untersuchungen mitgeteilt. Dort mußten die Beamten folgenden Revers unterschreiben: Von dem Erlaß des Staatssekretärs vom 25. Juni 1898 betreffend Bestrebungen der Sozialdemokratie habe ich Kenntnis erhalten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dieser Erlaß stammt aus der Zeit Boddieks und enthält die üblichen Redensarten gegen die Sozialdemokratie; er betont, jede Beteiligung an sozialdemokratischen Bestrebungen sei unvereinbar mit dem Dienst und Beamte, die solchen Anschauungen Ausdruck geben, würden im Dienst nicht geduldet werden. (Sehr richtig! rechts.) Diese Zumutung wirkt wie eine behördliche Wahlbeeinflussung. Herr von Camp hat einmal gesagt, die Beamten seien deshalb zu größerer Königstreue verpflichtet, weil sie dafür bezahlt würden. (Abg. von Camp: Die politischen Beamten.) Dann freue ich mich, wenn Herr von Camp diesen Eingriff in Meß gleich uns mißbilligt. (Abg. von Camp: Gar nicht!) Andererseits zeigt das von einer Geistverfassung, die ebenso inakademisch, wie beleidigend für die Beamtenschaft ist.

Staatssekretär Kräfte: Die Oberpostdirektion in Meß hat von der Aufregung durch das Flugblatt die Postbeamten und die Reichsstaatswahl Kenntnis erhalten und hat deshalb die Beamten an den Erlaß von 1898 erinnert, damit sie wissen, wie die Behörde über die sozialdemokratischen Bestrebungen denkt.

Abg. Dr. Strube (Sp.): Der Staatssekretär hat sich noch nicht klar darüber gedacht, ob er unter keinen Umständen will, daß die Oberpostdirektion sich um die Abstimung und das Wählen der Beamten kümmert. Vor einigen Jahren hat er sich zu diesem Grundsatze bekannt.

Staatssekretär Kräfte: Mein Standpunkt ist derselbe wie früher, aber der Oberpostdirektor in Meß hat nur aus Anlaß der Aufregung der Beamten diese auf den früheren Erlaß aufmerksam gemacht. (Lachen b. d. Soz.)

Abg. Lebebour (Soz.): Die Antwort des Staatssekretärs und Unterstaatssekretärs sind außerordentlich charakteristisch für die Verstellung, die die Herren von ihrem eigenen Verhältnis zum Staat haben. Die Vorgänge in Meß und Halle erscheinen ihnen als etwas ganz Natürliches. Wenn die Behörde meint, ein Flugblatt enthalte unwichtige Behauptungen, so kann sie sie ja in der Deffentlichkeit widerlegen. (Zuruf b. d. Soz.: Sie können es bloß nicht!) Hätte sich die Behörde nur darauf beschränkt, so würde niemand etwas dazu sagen; aber die Oberpostdirektion in Meß hat in die Wahlbewegung eingegriffen, um einen Druck auf die Beamten auszuüben, daß sie nicht sozialdemokratisch wählen. Dieser Erlaß richtet sich gegen die Verfassung. Wenn aber ein höherer Beamter gegen Verfassung und Gesetz einen terroristischen Druck auf die Beamten auszuüben sucht, so handelt es sich um einen Verstoß gegen die Verfassung. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Präsident Kaempf: Ich kann nicht zugeben, daß Sie einem Minister einen solchen Vorwurf machen.

Abg. Lebebour fortfahrend: Das Vorgehen der Postbehörde in Meß ist ein direkter Eingriff in das Recht zu wählen, das auch jeder Beamte hat. Die Verfassung ist beschworen, und wer eine vorgelegte Behörde in die Wahlfreiheit eingreift, so verlegt sie die Eidespflicht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Kaempf: Sie haben von neuem Beamten Verletzung der Eidespflicht vorgeworfen (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten), in der die folgenden Worte des Präsidenten verloren gehen.

Abg. Lebebour (Soz.): Eigentlich sollen alle Parteien darüber einig sein, daß ein Eingreifen der Behörde in die Wahlfreiheit unter keinen Umständen gebildet werden kann. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn Sie in irgend einer Weise das unqualifizierbare Vorgehen des Herrn Kräfte und seiner nachgeordneten Beamten billigen, so ist das ein Mangel an Selbstachtung, der jeder Abgeordnete als Volkswortredner haben sollte, ein Mangel an Achtung, die Sie als Staatsbürger dem freien Wahlrecht schulden. Fahren Sie nur so fort, dann werden Sie es dahin bringen, daß alle Beamten, die nur noch einen Funken von Ehrgefühl haben, sich dafür bedanken, für solche Parteien zu wirken. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Eine Resolution der Kommission auf Vorlegung eines Nachtragsesatzes, worin den Oberpost- und Telegraphenbeamten

die drei Jahre in dem Genuß des Höchstgehaltes gewesen sind, eine Zulage von 200 Mark gewährt werden soll, wird angenommen; ebenso ein Antrag Camp (Rp.), diese Zulage pensionsfähig zu machen.

Dann liegt eine Resolution der Kommission vor, eine Revision des Besoldungsgesetzes

dahin vorzunehmen, daß die in der zweiten Lesung der Besoldungsordnung vom Reichstag beschlossenen Gehaltsätze insbesondere für Postassistenten und Postassistenten durchgehört werden; zweitens geeignete Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, durch welche eine gerechte Beseitigung der in der Festsetzung der Bezüge, insbesondere des Wohnungsgeldzuschusses für die Postunterbeamten in einzelnen Fällen hervorgerufenen Härten und Unstimmigkeiten bewirkt wird und in einem Nachtragsesatz die erforderlichen Mittel anzuordnen; drittens Maßnahmen zu treffen, durch welche die in der Reichspostverwaltung beschäftigten Personen eine den örtlichen Lohn- und Lebensverhältnissen entsprechende Bezahlung erhalten, sowie die Anwärter für die Schaffnerklasse nach zehnjähriger Beschäftigung in der Regel etatsmäßig angestellt werden.

Abg. Giesberts (Zentr.) spricht für die Resolution. So schlecht geht es aber den Postunterbeamten nicht, daß sie, falls sie nicht überzeugte Sozialdemokraten sind, nur deshalb gezwungen wären, bei den Wahlen zum roten Stimmzettel zu greifen. Diese Art Breiten auf Regierung und bürgerliche Parteien würde ihren Zweck verfehlen, und wäre nicht ihrem Stande gemäß. (Zuruf bei den Soz.: Das sagt ein Arbeitervertreter!)

Staatssekretär Kräfte betont, daß die Postboten alle drei Jahre 100 Mark Zulage bekommen; im übrigen werde die Vermehrung befristet sein, die Löhne möglichst den örtlichen Verhältnissen anzupassen.

Abg. Dr. Strube (Sp.): Die Postboten klagen aber darüber, daß diese Zulage nur 8 Jahre lang gewährt wird und dann nicht mehr, falls die Postboten dann noch nicht angestellt sind. Redner befürwortet weiter eine Resolution, die Ausgleiche der in der Besoldung der gehobenen Unterbeamten bestehenden Unterschiede verlangt. Wünschenswert wäre auch eine Herabsetzung der Dienststunden der Postunterbeamten nach dem Vorbild der Eisenbahnverwaltung.

Abg. Ebert (Soz.): Die Resolution betreffend die Postassistenten und Assistenten ist von uns in der Budgetkommission eingebracht und dort einstimmig angenommen worden. Ich brauche daher zu ihrer Begründung nicht mehr viel zu sagen. In der Denkschrift zum Besoldungsgesetz wurde seiner Zeit ausgeführt, daß das Hauptgewicht auf zu werden sollte auf eine

Besserstellung der Unterbeamten.

Nach Erledigung des Besoldungsgesetzes hat sich aber ergeben, daß keine Beamtenkategorie so schlecht weggekommen ist bei der Regelung, als die Unterbeamten, insbesondere die Schaffnerklasse. (Zehr richtig! bei den Soz.) Ihre Gehaltsätze betragen 10 bis 170 Mk. Dabei kommt in Betracht, daß durch den Wegfall der Steuerzulagen fast die Hälfte aller Unterbeamten durch die damalige Regelung überhaupt keine wirtschaftliche Besserstellung erfahren hat. (Zehr wahr! b. d. Soz.) Herr Giesberts meint, man könne das Zentrum für die Besoldungsreform nicht verantwortlich machen. Tatsächlich war es aber das Zentrum, das ebenso wie die anderen bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der fortschrittlichen Volkspartei, vor dem Unannehmbar der Negierung schließt und in gefahrlosem und gerade Herr Giesberts hat in der Budgetkommission erklärt, daß es ein politischer Fehler gewesen sei, daß man damals der Regierung nachgegeben habe. (Hört, hört! bei den Soz.)

Die Tagelöhner der nicht etatsmäßig angestellten Unterbeamten, der Postboten, sind durchaus unzureichend. Sie schwanken zwischen 2 und 3 Mk., mit der Zulage von 10 Mk. pro Tag erhalten die Postboten nach zehn Jahren einen Höchstlohn von 2,80 bis 3,80 Mk. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das damit nicht eine Familie ernährt werden kann, ist klar; insbesondere bei den teuren Verhältnissen im Westen kann selbst ein Lediger damit nicht seinen Unterhalt stillen. Es wäre wünschenswert, wenn der Staatssekretär nur einen Teil des Eifers, den er anwendet, um aus politischen Gründen hinter Beamten herumzuschneffeln, verwenden würde für eine möglichst baldige

Aufbesserung der Postboten.

(Zehr gut! b. d. Soz.) Herr Giesberts hielt es für notwendig zu sagen, daß wenn die Postbeamten für uns stimmen, sie das nur als Mittläufer und nicht aus voller Überzeugung tun. Das ist natürlich gar nicht festzustellen und geht auch Herrn Giesberts gar nichts an. (Zehr wahr! b. d. Soz.) Im übrigen ist die Stellungnahme des Herrn Giesberts in dieser Frage bezeichnend für die politische Wandlung des Zentrums, das sich früher hinter beschworene, über die Religionsgeschüßeliten und jetzt systematischen Terror der Verwaltung gegenüber den Beamten unterstellt. Charakteristisch ist, daß gerade Herr Giesberts eine solche Stellung einnimmt, der vor einiger Zeit einmal sagte, man muß sich schämen, ein Preuße zu sein. (Hört, hört! und Bravo! b. d. Soz.)

Unterstaatssekretär Granzow: Herr Ebert sprach von Hungerlöhnen, er möge aber bedenken, daß diese Postboten meist noch junge Leute Anfang 20er sind, die unverheiratet sind. Auch bekommen sie die drei Mark an allen Sonn- und Festtagen. Der größte Teil der nicht etatsmäßigen Unterbeamten in Düsseldorf ist noch nicht zehn Jahre in Tätigkeit bei der Post. Das Unterbeamte bis 76 Stunden beschäftigt werden, kann ich kaum glauben. Es wird nachgeprüft werden; jedenfalls werden wir das aufschreiben mißbilligen. Im übrigen verzeihe ich die Herren darauf, daß wir im Laufe von zehn Monaten über 16.000 Gesuche um Aufnahme in den Unterbeamtenstand haben abweisen müssen. Das beweist, daß die Verhältnisse bei uns immer noch besser sind als in der Privatindustrie. (Zuruf b. d. Soz.): Daß Sie diese Notlage ausnutzen!

Abg. Giesberts (Zentr.): Herr Ebert hat mich mißverstanden. Ich habe nur gesagt, daß Postbeamte, die als Mittläufer Ihrer Partei auf die Regier. und die bürgerlichen Parteien eine Pression ausüben zu können glauben, damit nicht richtig handeln. Ferner habe ich von einem großen politischen Fehler der Regierung, nicht des Zentrums bei der letzten Besoldungsreform gesprochen. Im übrigen hoffe ich, daß die Sozialdemokraten jetzt als stärkste Fraktion ihren ganzen Einfluß auf die Regierung geltend machen, daß sie wenigstens jetzt dem Beschluß des Reichstags nachkommen.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolutionen der Kommission werden angenommen.

Beim Titel „Postagenten“ wird nach kurzer Debatte eine Resolution angenommen, erneute Erwägungen über die Errichtung einer Pensionskasse für Postagenten anzustellen und darüber eine Denkschrift vorzulegen.

Es folgt der Titel „Löhne für außerhalb des Beamtentums stehende Personen“.

Abg. Ebert (Soz.): Die Postarbeiter klagen darüber, daß ihnen bei ihrer Anstellung die Arbeitszeit, die sie im Reichsbetriebe durchgemacht haben, nicht angerechnet wird. Man macht grundsätzlich Bedenken dagegen geltend, während doch z. B. den Postassistenten eine solche Dienstzeit angerechnet wird. Obendrein ist die Entlohnung äußerst unzulänglich. Ein Ausgleich für die teuren Lebensverhältnisse ist in dieser Beziehung absolut nicht zu erlangen; und eine allgemeine Regelung der Lohnfrage dringend notwendig. (Zehr wahr! b. d. Soz.) Auch sollte man Wochenlohn Tagelöhner zahlen. Andere Verwaltungen sind damit längst vorgegangen. Die Arbeiterausschüsse haben man

immer für ein notwendiges Uebel zu halten. Wie aus einer Beklatschung

Verbandes polnischer Post- und Telegraphenarbeiter

und Handwerker mit dem Sitz in Pommern hervorgeht, sind eine Reihe von Arbeiterausschüssen infolge der erfolglosen Bemühungen um eine wirksame Tätigkeit entstanden geworden und denken daran, überhaupt nicht mehr zusammenzutreten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Arbeiter verlangen Sicherung der Arbeiterausschüsse gegen Auflösung, Herabsetzung des Wahlrechtsalters für die Ausübung der Wahl zum Arbeiterausschuss und Errichtung eines Reichsarbeiterausschusses. Bei einer so stark zentralisierten Behörde, wie der Postverwaltung, muß auch den Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, auf die Zentrale im Sinne ihrer Wünsche einzumirken. Die Pensionen für Postarbeiter befinden sich noch im Stadium der Erwägungen. Der Staatssekretär sollte mehr Dampf dahinter setzen. Sonst beweist die Verwaltung, daß es ihr an dem guten Willen fehlt, den Arbeitern zu helfen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Jäger (natl.): Die Löhne der Post- und Telegraphenbeamten sind keineswegs genügend aufgebessert. Die Gehälter bei auswärtigen Arbeiten sollten nicht in den Lohn eingerechnet werden. Auch sollten die Löhne in Wochenlöhne umgewandelt werden. Vor allem sollten die Befugnisse der Arbeiterausschüsse fest umgrenzt werden. Der Staatssekretär würde durch Verhandlungen mit dem von ihm abgeordneten Arbeiterausschuss sehr auf die Wünsche der Arbeiter lernen können; sonst müßte man mit den Organisationen verhandeln, eines von beiden ist nötig. Ferner sollte man auch Pensionskassen für die Arbeiter errichten.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.) tritt ebenfalls für Arbeiterpensionskassen ein und wünscht besseren Ausbau der Arbeiterausschüsse. Die Frage eines Zentralarbeiterausschusses könnte nicht allein von der Postverwaltung erledigt werden; sollten sie in den verschiedenen Ressorts geschaffen werden, so müßten sie zu einem Erfolg für die geschiedenen Arbeiterkammern werden.

Staatssekretär Kräfte: Die Lage der Arbeiter ist dauernd besser geworden; manche Wünsche sind erfüllt worden, manche, wie die nach Wochenlöhnen und Zentralarbeiterausschüssen, können von einem Ressort allein nicht geregelt werden.

Abg. Dr. Strube (Sp.) schließt sich, im Zusammenhang auf der Tribüne unverständlich, den Anregungen des Abgeordneten Jäger an.

Der Titel wird bewilligt. Es folgt der Titel

Ostmarkenzulagen.

Abg. Schlee (natl.): Für die Streichung der Zulagen bringt man grundsätzliche Bedenken vor, man sagt, sie seien politischer Natur, sie seien ein Glied in der Kette der preussischen Völkerverpolitik. Diese geht den Reichstag überhaupt nichts an. (Lautes Lachen bei den Soz.) Die Polen sind von Preußen von jeher mit Liebe behandelt worden, und der Dank war der politische Aufwand im Jahre 1863. Die Zulagen sind auch kein Korruptionsfonds. Unsere Postbeamten haben im Dienst das Vertrauen jenseits der Deutschen wie der Polen erworben. Die amtliche Tätigkeit in einem gemeinschaftlichen Gebiet ist naturgemäß bedeutend schwieriger als in einem anderen. Dafür ist die Zulage ein Entgelt. (Sehr richtig! rechts und bei den Natl.) Die Beamten, die im Vertrauen auf diese Zulage nach dem Osten gekommen sind, haben einen Rechtsanspruch auf ihre Weitergewährung; darum bitte ich, die Zulagen weiter zu gewähren.

Abg. Wendel (Soz.): Bismarck hat einmal das Wort geprägt: „Der Lovell an die Furcht wird niemals ein Echo im Herzen der Deutschen finden“, aber Abg. Schlee hat uns die Furcht geschändet, die er und seine Freunde 1863 vor den Pistolen der Polen hatte. (Unruhe rechts.) Er stand damals im Alter von 7 Jahren, seine Angst ist daher vielleicht einigermaßen verständlich (Dr. Heiter!), vielleicht auch seine politische Beurteilung der polnischen Frage. (Große Unruhe rechts.) Er sprach von der allgemeinen liberalen Begeisterung, die 1848 für die Polen herrschte. Das war eine liberale Begeisterung, die sich eben auf Worte beschränkte und Taten nicht kannte. 1863 haben wir einen Aufstand zu verzeichnen und zwar einen sehr berechtigten. Dieser warf einen Schandfleck auf den Namen des offiziellen Preußen.

Vizepräsident Paasche: Ich bitte, solche Ausdrücke zu unterlassen.

Abg. Wendel fortfahrend: Ich will keine scharfen Worte gebrauchen (Lachen), sondern nur die eines bekannten Geschichtsschreibers zitiieren, der im Abgeordnetenhaus sagte: „Diese Politik hat uns mit der Mitschuld an einer kolossalen von ganz Europa mit stilligem Abscheu betrachtete Menschenjagd belastet.“ Das war der Nationalliberale Herr von Sybel. Wir lassen uns die Liebesbezeugung nicht nehmen, daß das Wohlwollen für die Beamten, das sich in der Ostmarkenzulage zeigt, auf nationalem Chauvinismus geplant ist. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Wir sind bereit, die Zulagen als einen Teil des Gehaltes zu bewilligen für sämtliche Mittel- und Unterbeamten. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Schults (Rp.): Ich hätte nicht geglaubt, daß im deutschen Reichstage jemand gegen den Fürsten Bismarck mit dem Vorwurf der Teilnahme an einer Menschenjagd vorgehen könnte. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Erregte Zwischenrufe, von rechts ertönt der Ruf: Maul halten.) Unerhört ist es, daß ein 27jähriger Mann (Lebhafte Unruhe und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten), so gegen einen alten Herrn auftritt, der in den Ostmarken groß geworden ist. (Erneute Unruhe bei den Sozialdemokraten. Abg. Wittmann (Soz.): Es gibt auch alte Geil. Großer Lärm rechts.)

Präsident Paasche: Ich rufe den Abg. Wittmann zur Ordnung. (Zurufe b. d. Soz.)

Abg. Schults (fortfahrend): Sybel hat längst gesagt, daß er sich geirrt habe, er hat die Vorwürfe gegen den Fürsten Bismarck lange herent, daß ganze deutsche Volk ist durch den Fürsten Bismarck befehrt worden. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Behauptungen des Abg. Wendel werden draußen noch einen Widerhall finden; auch hier war eine Abwehr notwendig.

Abg. Graf Westarp (Konf.): 6000 Beamten sollen wir 1/10 ihres Einkommens, das sie 4 Jahre lang bezogen haben, mit einem Federstrich nehmen (Zuruf bei den Soz.: Es vielmehr alle rieben!). Der Ausdruck Korruption ist eine Form der Agitation, die jedes zulässige Maß überschreitet. (Lebh. Wohl bei den Polen und Soz.) Die Zulage soll ein Ausgleich sein für die schweren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schädigungen, die die Beamten infolge der großpolnischen Agitation erlitten. Die liberalen Parteien sind ja bereit, mit uns für die Zulagen zu stimmen und auch das Zentrum ist vielfach mit den übrigen Deutschen zusammengewandert. Deswegen gebe ich nicht die Hoffnung auf, daß das Zentrum auch heute für die Ostmarkenzulage eintreten wird. Mindestens wird es sich bis zur 8. Lesung eines Anderen besinnen. (Lebhafte Beifall rechts und ab! bei den Soz.)

Abg. Dr. Seyda (Poln.): Graf Westarp erkannte die politische Bedeutung der Ostmarkenzulage an und er hat recht. Sie bedeutet die Hebung der preussischen Ostmarkenzulage auf die Reichsbeamten und daß sie preussisch-politischen Charakter hat, wird doch wohl niemand bestreiten. (Sehr richtig! b. d. Polen und Soz.) Die Zulagen sind ein Korruptionsfonds. Beamte, die politisch verstehen, werden bestetzt und andere dochhin geschickt, die kein Wort polnisch verstehen. Ja, es wird den Beamten verboten, mit dem Publikum polnisch zu

...die Kohlenbarone vor dem letzten Augenblicke Zugeständnisse. Denn die Kunstfertigkeit der Lage bringt ihnen schweres Geld ein!

Arbeiterbewegung.

Einigung im Schneidergewerbe. Die in Frankfurt a. M. tagenden Vertreter der Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer im Schneidergewerbe einigten sich auf den Einigungsantrag des Verhandlungsleiters, Magistratsyndikus Dr. Giller, der den Arbeitern eine fünfprozentige Erhöhung der Grundlöhne sichert und die Entscheidung über die weitergehenden Forderungen der Arbeiter einem Schiedsgericht überträgt, das am 2. April in Jena tagen wird.

Sieg der freien Gewerkschaften bei Gewerbegerichts- wahlen. Bei der am Sonntag stattgefundenen Wahl der Gewerbegerichtsmitglieder in Mühlhausen (St.-Vohr.) siegte die Liste der freien Gewerkschaften mit 4039 Stimmen gegen 1831 Stimmen der christlichen Gewerkschaften. Die freien Gewerkschaften gewannen gegenüber der letzten Wahl von 1909 619 Stimmen, die Christlichen verloren 370 Stimmen.

Plus der Weijähtswelt. Kaiserin Augusta - Viktoria - Gelb - Lotterie. In der Ziehung am 27. und 28. März sind folgende Gewinne gezogen worden: 50.000 Mk. fielen auf Nr. 61.723, 10.000 Mk. auf Nr. 85.837, je 1000 Mk. auf Nr. 22.712, 52.186, 82.885, 106.119, 188.978, je 500 Mk. auf Nr. 20.589, 41.167, 59.987, 100.238, 101.222, 126.961, 128.990. (Ohne Gewähr.) Mitgeteilt von der Firma H. Klement in Breslau, Ring 22, Spezial-Lotterie- und Bankgeschäft.

Gegen Sie nicht verlangen Sie ein Paket Fleisch, Zehn, sondern **Henkel's** Fleisch, Zehn, nur dann sind Sie sicher, ein solches Paket zu erhalten, welches Sie stets zu Hause aufbewahren wollen.

Er scheint dreimal wöchentlich. Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis. Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Beuthen O.-S.

Brauereien.
Vereins-Brauerei A.-G.
Lebensmittel-Konsum.
Böhler, W., Kuchstraße u. Krausenstraße.

Brieg

Alkoholfreie Getränke.
„Der Spezial-Deutscher“
Arbeiter-Konfektion.
Reumann, H., Kuchstraße 1. Die. Weitef.

Bäckereien und Konditoreien.
Kranke, Hermann, Weidenstraße 18.
Höbe, Paul, Bernsdorf.
Rubell, Hermann, Paulauerstraße 4.

Bierbrauereien.
Briegler Stadtbrauerei A.G.
Bürgerliches Brauhaus, G. S. M. & S.

Fahrräder und Nähmaschinen.
Schmidt, G., Oppelstraße 8. Reparatur, Weitef.

Fleischer u. Wurstfabrik.
Grunitz, Friedrich, Weitef. 24.
Winkler, Paul, Reichestraße 21.
Finger, Joseph, Reichestraße.
Scholz, Richard, Röhrengasse 9.

Fruchtsäfte etc.
Cohn, Josef, Reichef. 26.

Galanterie- und Spielwaren.
Cobbe, H., Wagnerstraße 2.

Herrn- u. Knaben-Garderobe.
Fischer, Fr., Langestr. 11, Arbeitergarderobe.
Stobbe, Hermann, Georg, Ring 34.

Wohl, Eugen, Dr. 27.

Herrngard., Schuhwaren, Möbel.
Jablonowski, E., Oppelstr. 82.

Holz- u. Reichenhandlung.
Fritze, Carl, Reichenstraße 55.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Goldwiesig, Franz Nachf., Weitef. 14.
Krause, J., Reichef. 11/12. Schuhw.

Kaufhäuser.
Bach, Arth., Ring 80.
„Edison“, Film, Verfilm., engl. Progr.

Kolonialwaren und Lebensmittel.
Grunitz, Ernst, Weitef. 23.
Koch, Rob., Ring 5. Zutat u. Zigaretten.

Kurz-, Weiss- und Wollwaren.
Schild, Baron-Peter, G. David, Ring 27.
Schwedensberg, C., Reichef. 50.

Manufakturwaren.
Sachs, Albert, Reichef. 31.

Möbel- und Sarg-Magazin.
Lachmann, Christian, Wagnerstr. 16/17.

Photographisches Atelier.
Dietrich, Alfred, Reichenstraße 7.

Schankwirtschaften.
Ruppert, W., „Rang-Edel“, Weitef.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Gartisch, Hugo, Burgstr. 13. Rep. Weitef.
Günther, Schabert, Reichef. 27.
Schulte, Fr., Schuhwarenhaus, Langestr. 55.
Stange, O., Weitef. 12.
Urbanek, L., Reichef. 11/12.

Spezial-, Möbel, Poisterwaren.
Fröhlich, W., Langestr. 2. Tel. 208.

Uhren und Goldwaren.
Schäfer, G., Reichef. 6. Rep. Weitef.
Straußfeld, Ernst, Weitef. 5.

Vereshandlung.
Kessel, Heinrich, Weitef. 4.

Zigaretten, Zigarren, Papierwaren.
Bürger, G., Weitef. 4. neb. d. Schaulpfeil.
Göppchen, Georg, Edel-Post u. Burgstr.

Bunzlau

Biergrossh., Limonad., Selterfabr.
Barkhoff, Hermann, Ober-Fremde.

Fleischeren u. Wurstfabriken.
Häbler, Gustav, G. Reichef. 1.
Kühner, Otto, Reichef. 12.
Ost, Heinrich, Reichef. 40 (Galanterie).

Serimentshaus.
Kosenthal, Theophil.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Schirmer, Rob., Reichef. 25. (Rep. Weitef.).

Trikotagen, Weiss- u. Wollwaren.
Ruhner, H., Weitef. 40 (Galanterie).

Cosel

Bäckereien.
Fischer, Franz, G. Reichef. 32.

Fleischeren und Wurstfabriken.
Wagner, Paul.

Dtsch.-Lissa, Stabelwitz.

Bäckereien.
Böhm, Adolf, Döbenerstraße 2.
Krieger, Arthur, Reichen-Viertel.
Vand. Jos., Weitef. 8. Krausenstr. 23.

Brauereien und Restaurateure.
Folger, August, Weitef. 21.
Höbe, Heinrich, Weitef. 21.
Weidner, Gust., Weitef. 21.
Weidner, Gust., Weitef. 21.

Eisen- und Fahrradhandlung.
Elske, Paul, Weitef. 27.

Fahrräder und Nähmaschinen.
Reparatur.
Klose, Friedr., Weitef. 21.

Fleischer u. Wurstfabrik.
Böcher, Gustav, Weitef. 17.
Fischer, Emil, Weitef. 21.
Dampf, Ernst, Döbenerstraße 2.
König, Adolf, Weitef. 21.
König, Adolf, Weitef. 21.
König, Adolf, Weitef. 21.

Haus- und Kleingeräte.
Weidner, G., Weitef. 21. u. Reichenstr.

Kaufhäuser.
Kaufhaus Bräuer, Weitef. 18. 50/52.

Kolonialwaren.
Kaufhaus Bräuer, Weitef. 18. 50/52.

Manufakturwaren, Arbeiterkonfektion.
Bräuer, Ernst, Weitef. 10.

Schuhwaren, Schuhmacher.
Stange, Max, Weitef. 18.

Uhren, Gold- u. Silberwaren.
Herrmann, Rudolf, Weitef. 21.
Ost, Adolf, Weitef. 21. u. Reichenstr.

Weiss- und Wollwaren.
Weidner, G., Reichef. 2.

Glogau

Alkoholfreie Getränke.
Trenkner, W., „Siles-Sinica“.

Bäckerei.
Meier, Adolf, Reichef. 15.

Fahrräder und Nähmaschinen.
Schwartz, Hermann, Weitef. 2. Rep. Weitef.

Herrn- und Knaben-Garderobe.
Herrmann, W., Reichef. 52/53.
Pöschel, L., Reichef. 1/2.

Korbflechter, Kinderwagen, Spielwaren.
Korbflechter, Reichef. 5.

Uhren u. Goldwaren, Optische Artikel.
König, Adolf, Reichef. 21. Reichenstr.
Ludwig, Otto, Reichef. 5.

Zigaretten u. Zigarren.
Elske, Hermann, Reichef. 2.

Goldberg

Bienenzucht-Verband Goldberg.
garantiert reiner Bienenhonig, Engländer.

Fahrräder, Näh- u. Sprechmaschinen.
König, Adolf, Reichef. 25. (Grammophon).
Winkler, Curt, Reichef. (Platin).
Ziese, Wilhelm, Reichef. 601 (Zisch-Lamp).

Fleischer.
Sohn, Georg, Schmiedestraße 352.

Glas- und Porzellanhandlung.
Grosch, Oswald, Ring 110.

Hüte, Mützen, Putz u. Wollwaren.
Groschmann, Carl, Weitef. d. Reichef. Sparr.

Kinematograph.
Metzger, Theodor, 1. Reichef. Brauer, Tomfr.

Mühle und Bäckerei.
Weinhold, Friedr., empfiehlt sich einer gef. Beachtung.

Gorkau

Bäckereien.
Dietrich, Wilhelm, Gorkau.

Brauereien.
Gorkauer Sozial-Brauerei A.G.

Haynau

Arbeitergarderobe, Schuhwaren.
Goldmann, Albert, Reichef. 1.

Bäckereien.
Grund, Fr., Reichef. 11. Reichef. 13.
König, W., Weitef. 9.

Trikotagen, Weiss- u. Wollwaren.
König, W., Weitef. 9.
König, W., Weitef. 9.
König, W., Weitef. 9.

Sticker, Richard, Burgstraße 14.

Königshütte O.-S.

Anschank und Restaurateure.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Korbflechter u. Schuhwaren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Möbel und Schuhwaren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Restaurateure.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Uhren und Farban.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Zigaretten u. Zigarren.
Ziese, W., Reichef. 1. Spezial-Geschäft.

Fleischeren und Wurstfabriken.

Rose, Paul, Burgstraße 1.
Restaurateure.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Galanterie- u. Spielwaren.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Herrn- u. Knaben-Garderobe.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Kaufhäuser.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Kleider und Schuhwaren.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Kleiderstoffe, Garderobe, Schuhwaren.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Kolonialwaren, Bier, Zigaretten.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Leinen- u. Baumwollwaren.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Restaurations- und Fruchtweine.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Schneid- und Weisswaren.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Schuhwaren.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Uhren- und Goldwaren.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Zahn-Atelier.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Zuckerwaren, Schokoladen, Kaffee.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Hundsfeld

Fleischeren.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Fahrräder.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Herrn- und Damenkonfektion.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Kinderwagen, Kesselkörbe, Heitorwagen.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Photogr. Atelier u. Vergrößerungen.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Restaurateure.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Schuhwarenhäuser.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Solten, Parfümerien.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Theatergarderobe, Maskenverleiher.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Zigaretten und Zigarren.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Liegnitz

Hauswirtschaft, Ludw., Franke, G.
Gehilfenhaus am Platz für Kleiderstoffe.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Bäckereien u. Konditoreien.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Bierbrauereien, Bierverleger.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Bücherdruck, Papier- u. Schreibwaren.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Büsten, Pinsel etc.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Drogen und Farben.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Eisen- und Stahlwaren.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Fahrräder, Nähmaschinen.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Fleischeren u. Wurstfabriken.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Frisier- u. Friseurarbeiten.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Galanterie- und Spielwaren.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Herrn-Garderobe.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Hüte und Mützen.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Kaufhäuser.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Kinderwagen.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Kinematographen.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Kurz-, Weiss- und Wollwaren.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31.

Leinen, Wäsche, Bettfedern, Baumwollwaren.
Kochmann, S., Goldbergerstr. 31

Kleider machen Leute!

Wir verkaufen nur kurze Zeit getragene oder verliehene, teilweise auf Seide gearbeitete

- Anzüge für 8.-10.-12.-14.-16.-20.- usw.
- Paletots .. 8.-10.-14.-16.-20.-
- Ulster .. 10.-12.-16.-20.-
- Beinkleider .. 4.-6.-7.-8.-

Abteilung II: 4283

Neue elegante Garderoben.

Wir verleihen Gesellschafts-Anzüge für Mk. 5.—.

Kaufhaus für Herren-Garderoben G. m. b. H.
Neue Schweidnitzerstrasse 6
Hansa-Haus.

Nähen, Inletts, Bettlüber, auch fertig genäht.
Garbinnen, Vorhangstoffe, weiß und c. eme.
Weiße und bunte Damen-, Herren- und Kinderhemden, ebenso Frauen- und Kinder-schürzen, neueste Fassung, beste Stoffe, beste Näherer, eigener Zuschnitt. 4254

A. Zimmermann
Teichstraße 14.

Ich offeriere:

Schweinefl. v. 65 u. 70 Pf. an
Kalbfleisch .. 70-85 Pf.
Lammfleisch .. 80-90
Rindfl. ab. Knoch. 85-90
Halbe Vögelköpfe à Pfd. 35
ferwieff. Wurstwaren z. d. Weiden
Stadtbasse im Pfd. 70 Pf.
Um werten Besuch bittet

O. Wengler,
Fleischermeister, 4292
am Gräbischenerstraße 135.
Telephon Nr. 11803.

Gerlich-Schuh-Bude

am Neumarkt.
Wenn Sie reelle Schuhe einfach oder elegant billig und haltbar kaufen wollen, so kommen Sie zu mir. Ich habe großes Lager erstklassiger Ware. 4038

58, Weinstraße 58,

Ecke Reuterstraße,

eröffne ich am

Sonnabend, den 30. März

mein 3. Geschäft

4261

Modewaren, Wäsche, Schürzen, Blusen, Kleidchen,
Weiß-, Woll- und Kurzwaren, Herren-Artikeln.

Kaufhaus A. Richter

Zentrale: Lehndamm 5, Ecke Kreuzstraße.
Filiale I: Lanenkienstr. 86, Ecke Grünstraße.
Filiale II: Weinstraße 58, Ecke Reuterstraße.

Während der Eröffnungswoche in allen 3 Geschäften

Doppelte grüne Rabattmarken od. 10% in bar.

Auf Garne und Kurzwaren einfache Marken.

Rohtabak-Handlung G. Wutke, Breslau

Museumplatz 4
besorgt sämtl. Tabake zur Zigarrenfabrikation zu billig. Preisen. 19474

Wir möchten gern

all diejenigen, welche Bürsten, Besen, Scheuertücher und sonstige Reinigungs-Artikel brauchen, umziehen oder

ein neues Mädchen haben

den Einkauf verbilligen. — Wir empfehlen deshalb fehlerhafte oder sonstige im Preise zurückgesetzte Waren. 3620

Aufwischbejen, sehr praktisch, 18 Pf.

- 3 Nagelbürsten .. 10 Pf.
- 3 Schürzen .. 20
- 3 Scheurbürsten .. 25
- 3 Rollen Toilettenpapier .. 35
- 3 Pad Bohrstühle .. 40
- 3 Scheuertücher zusammen 35, 40, 60 Pf.
- 2 Staubkämme, bunt .. 15 Pf.
- 1 Pfeifenkamm, Horn .. 10
- 1 Feschenkamm, bunt .. 5
- ca. 20 Meter lange weiße Bodenleine 1 Mk.
- 1 Borsten-Handfeger .. 25 Pf.
- 1 Teppichfeger-Proffe .. 32
- 1 Seisendose, weiß .. 25
- 1 Jahnbürste, bunt, Griff 15 Pf.
- 1 Kleiderbürste pa. Coros 18
- 1 Schuh-Glanzbürste .. 18
- 1 Fensterbürste m. Stiel 25
- 1 großen Teppichklopper 25
- 2 Schod Nässellammern 25 Pf.
- 1 haltbaren Küchensieben 35
- 1 H. Dole Bohrermaße 38
- 1 polierten Möbelsinsel 32 Pf.
- 1 echten Hahnenhaarfeger .. 45
- 1 prima Hahnenhaarfeger 165

ca. 20 Meter lange weiße Bodenleine 1 Mk.
1 Borsten-Handfeger .. 25 Pf.
1 Teppichfeger-Proffe .. 32
1 Seisendose, weiß .. 25

Feßmatten, Korbbürsten, Hausstandbürsten, Schwämme, Seifen, Flaschenlanger, Zylinderreuger etc. billig!

London & Co., Oberstr. 5, 2. Viertel vom Ring.

Schultaschen

Marktaschen, Handtaschen usw., in eigener Werkstatt gefertigt, reell und billig. Jäger, Sattlermeister, Friedrich-Wilhelmstraße 50, Gabsigstraße 11 und Ring 2. 3791

Meine Preise erregen Sensation.

Herren-Müte
steif und weich,
streng modern,
unter Filz

1,95 Mk.

Engl. Bundmützen
entdeckende Master
prima Stoffe

95 Pfg.

Müte H. Schönfeld Mützen
Zentrale: Schmiedebrücke 17/18, Filiale: Adalbertstr. 6.



Nur bei mir

kauft man das eleganteste und haltbarste

Schuhwerk.

Schwarze u. braune Herren- u. Damenstiefel, sowie Kinderschuhe, Turnschuhe, Zeugschuhe und Sandalen 2750

zu denkbar billigsten Preisen.

Bruno Frankenberg
Gräbischenerstrasse 49
vis-à-vis des Konsumlagers „Vorwärts“.

Anfertigung eleganter Herren-Garderobe. Lager moderner und praktischer Stoffe. 1993

V. Liepelt, Schneidermeister
Blücherstraße Nr. 21.
Lager fertiger Herren- und Knaben-Garderobe.
Berufskleidung für jeden Beruf, eigene and beste Fabrikate.

Gefunden in Gde bei ...
Anzugfabrik Wallstr. 17 a, I.

Hut-Hanke

Inh.: Job. Tessmer
Friedrich-Wilhelmstr. 23.



Hüte, nur gute, reelle Qualitäten, für Herren und Knaben.

Große Auswahl in **Konfirmanten - Hüten** zu billigsten Preisen.

Neumarkt 45.

Arbeitshosen.
UNVERREISSBARE



sehr dauerhaft nur bei **Gustav Knauerhase.**
Inhaber Oskar Dehmel,
Neumarkt 45. — Gegr. 1883.

Matratze gratis!



Spezial-Geschäft für Kinderwagen Klappwagen

Franz Werner
Paradeplatz 6, d. Siebischstraße.

Zur Saison-Eröffnung.

Sonder-Angebot in

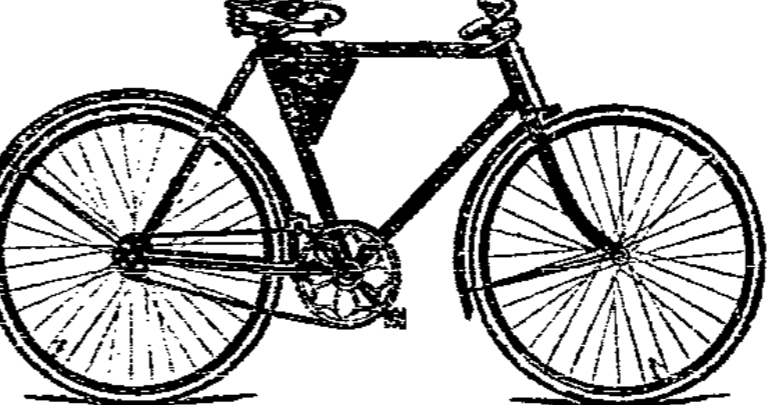
Orkan-Fahrrädern, Ersatz- und Zubehöerteilen, Nähmaschinen, Sprech-Apparaten und Platten.

Vergleichen Sie nachstehend angeführte Preise mit denen der Konkurrenz. Sie werden sich überzeugen, daß Sie nirgends vorteilhafter kaufen können, als bei mir.

Jährlicher Verkauf 5-6 Tausend Fahrräder.

Neue Fahrräder
komplett mit Pneumatik
von von Mk. **39** an.

Damenräder
mit Gummi .. von Mk. **48** an.



Sonntag, den 31. März, ist mein Geschäftslokal von 11 bis 6 geöffnet.

Original Orkan-Räder **65** an.
mit doppelfedernder Sattelstüße von Mk.

Über 30 000 Fahrräder sind von mir bisher zur besten Zufriedenheit meiner Abnehmer geliefert worden.

Randdecken ohne Garantie .. 1.95 u. 2.75	Redale .. Paar 1.25 u. 2.00	Sosenhalter .. Paar 02 Pf.
" 1/2 Jahr Garantie .. 4.00 u. 4.50	Setten .. 1.25 u. 2.00	Griffe .. Paar 15 u. 20 Pf.
" 1 Jahr Garantie .. 5.00 u. 6.00	Carb. blatzen .. von 1.75 an	Rucksäcke .. 1.25, 1.75
Gebirgskreien .. 3.75, 5.50, 6.75	Telestopumpen, Aelig .. 85 Pf.	10 Lochschlüssel .. 35 Pf.
Zufschlände ohne Garantie .. 1.90	Fußpumpen .. 65 u. 85 Pf.	Elegante Taschenfeuerzeuge .. 45 Pf.
" 1/2 Jahr Garantie .. 2.75 u. 3.00	Elegante Rahmenpumpen mit Gatter .. 1.00	Taschen-Revolverfeuerzeuge .. 1.80
" 1 Jahr Garantie .. 3.25 u. 3.75	Schuhbleche .. Paar 60 u. 85 Pf.	Doppel-Trillerkloden .. 30 u. 40 Pf.
Hinterrad mit Freilauf und Rücktrittbremse .. 9.75	Starke Gummofüßel .. 2.25	Fußhalter .. Paar 15, mit Leder 45 Pf.
Vorderrad ohne Freilauf .. 4.50	Satteldecken .. 60 Pf.	Gummi-Bojensäge .. Paar 10 Pf.
Vorberrad .. 3.75	Leuchttangen .. 2.20	Patent-Bojenshalter .. Paar 08 Pf.

Nähmaschinen.
Deutsche Singer-Langschiffchen ohne Rollen 39 Mk. mit Rollen 42 Mk.
Bessere Orkan-Langschiffchen-Maschinen .. 50 Mk.
Original-Schwingschiffchen-Maschinen, vor- und rückwärts nähend, 60, 70, 75 Mk.
Original-Kingschiffchen, Central-Kobbin .. 70 u. 80 Mk.

Sprech-Apparate und Platten.
Gut spielende Apparate .. Mk. 11.50, 14.50, 20.00-150.00
Schallplatten, doppelseitig, 25 cm groß .. 85 Pf.
Einfache Original-Anter .. 55 Pf.
Original-Odeon-Platten anstatt 5.00 jetzt 2.50 Mk.
In Kalliope, Phonophon, Gramophon-Platten fast jedes existierende Stück am Lager.

Verlangen Sie meinen Haupt-Katalog unsonst und portofrei, derselbe gibt Ihnen weitere Aufschlüsse über die Vorteile, die Sie bei mir genießen. — Jeder, auch der kleinste Auftrag, wird prompt und gewissenhaft ausgeführt. — Lieferungsbedingungen: Nachnahme oder Vorkauf des Betrages. An sichere Kunden eventuell auf Kredit oder Teilzahlung.

Orkan-Fahrradwerke

Bernh. Wedler, Breslau 8, Klosterstr. 15, Fil.: Blücherplatz 20.
Größtes Haus der Branche von Mittel- und Ostpreußen, Posen, Pommeren, Ost- und Westpreußen und Sachsen.